

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

169 (24.7.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Zustellgebühr, monatl. Einzelpreis 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: A. K. K. Karlsruherstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist: 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Beratungen mit den Vertretern des deutschen Bergbaues.

Perlin, 23. Juli. Heute trat im Reichsbergrubungsministerium eine Konferenz zusammen, die von den im Kohlenbergbau beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besucht war, um über die Durchführung des Spaer Abkommens in der Kohlenfrage zu beraten.

Nach eingehender verständlicher sachlicher Aussprache kam die Konferenz einstimmig zu folgendem Ergebnis:

1. Es ist dauernd eine Million Tonnen Mehrförderung gegenüber der Massförderung erforderlich. Wenn trotz der bevorstehenden Beseitigung der Entente unsere deutsche Wirtschaft auch nur in ihrem heutigen Bestande aufrecht erhalten werden soll.
2. Die Braunkohle kann in stärkerem Umfange herangezogen werden.
3. Zunächst ist eine allgemeine Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter in Angriff zu nehmen.
4. Das bestehende Uebereinkommen soll nicht geändert werden. Etwasige Differenzen sollen in baldigen Verhandlungen geklärt werden.
5. Es empfiehlt sich, daß zunächst die beiderseitigen Kontakte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine Prüfung darüber eintreten, welche Maßnahmen zur Erzielung der Mehrförderung zu ergreifen sind.
6. Sodann sollen gemeinsame Beratungen innerhalb der einzelnen Bergreviere stattfinden, die durch das Reichsministerium einzuleiten sind.
7. Jeglicher Verschönerung mit Kohlen ist mit größtem Nachdruck entgegenzutreten.

Am Nachmittag fand eine weitere Besprechung in engerem Kreise zwischen dem Reichsbergrubungsminister und den Vertretern der Bergleute statt, die sich mit der Frage befaßte, welche Lebensmittellieferungen für die Bergleute in erster Linie in Betracht kommen.

Aufruf der polnischen Sozialisten an das internationale Proletariat.

Warschau, 24. Juli. Die polnische sozialistische Partei veröffentlichte ein an alle sozialistische und Arbeiterorganisationen der ganzen Welt gerichtetes Manifest, in dem festgestellt wird, daß Polen seit seiner Wiederaufrichtung gezwungen war zur Sicherung seiner Unabhängigkeit mit den Waffen in der Hand sich zu verteidigen. Heute hat sich eine solche Situation herausgebildet, daß sich russische Truppen, geführt von zaristischen Generalen oder ehemaligen Kommandanten der weißen Garde an die Grenzen Polens heranzögen, um, wie sie offen drohen, auf den Ruinen Warschaws das russische Banner aufzupflanzen. Nicht die soziale Revolution ist es, die an unsere Tore klopft, nicht die rote Fahne ist es, die unter den Truppen des Generals Brusilow flattert. Die russischen Bojotten sind gegen unsere nationale Unabhängigkeit gerichtet, die Kosaken Bubenmordungen und Mord, Gewalt und Verderben. Die leitenden Männer Sowjetrusslands sind jetzt Sklaven des russischen Sozialimperialismus. Wir sind also gezwungen 's zu handeln, wie zu behelligen, französische, englische Genossen zu Beginn des Weltkrieges behandelt hat. Denn auch wir verteidigen jetzt unser Vaterland und die Freiheit der polnischen Arbeiter und Bauernklasse. Laßt die Führer Sowjetrusslands wissen, daß die russischen Bojotten auf die Brust des polnischen Proletariats stoßen werden.

Wichtige Beschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin, 24. Juli. Mittags. Das Reichskabinet hat heute eine umfangreiche Tagesordnung. 1. a. stimmte das Kabinet dem Entwurf des Reichssozialtariffs der Eisenbahner im wesentlichen zu. Dabei wurde beschlossen, daß künftig in Verhandlungen wegen Herabsetzung des Reichssozialtariffs nur nach Genehmigung des Kabinetts eingetreten werden dürfe. Der Reichsbergrubungsminister und der Reichswirtschaftsminister werden beauftragt, sofort in Verbindung mit den anderen beteiligten Ministern, namentlich mit dem Reichsarbeitsminister, alle Maßnahmen zu prüfen, und Anordnungen zu treffen, die dazu führen sollen, Betriebe wieder rentabler zu machen. Das Kabinet ermächtigt ferner den Reichsfinanzminister, bei der Reichsbesoldungsabgabe vorgesehener Nachwirkung in der Besoldungsabgabe Änderungen in Rücksicht auf die in den Besoldungsabgaben der Länder enthaltenen Leistungen vorzuschlagen. Der Finanzminister wurde ferner ermächtigt, in Verhandlung mit dem Reichsrat darüber einzutreten, daß die in dem Staatsvertrag für den Rücktritt der vereidigten Beamten vorgesehene Frist anderweitig festgesetzt wird.

Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 24. Juli. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat eine Resolution gefaßt, die von einer Kommission aus Persönlichkeiten der Großindustrie bis zu den Unabhängigen ausgearbeitet worden ist und dem Reichswirtschaftsrat unterbreitet werden wird. Darin wird rücksichtslose Bekämpfung des Schieberwesens bei der Verteilung der Kohlen, gründliche Verbesserung der Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter und Prüfung des Verhältnisses der Sozialversicherungsbeiträge über die Sozialversicherung der Bergwerke beim Reichswirtschaftsrat verlangt. In der Ausführung erklärte ein bekannter Bergarbeiterführer, daß die Bergarbeiter zu Verbesserungen weiter bereit sind.

Beratungen über die Durchführung der Entwaffnung.

Berlin, 24. Juli. Im Reichsministerium des Innern fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers auch eine Besprechung der Vertreter aller Länder statt über die Durchführung der in der Verordnung von Spaer geforderten Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß das Reich selbst die Entwaffnung durchzuführen, und daß alles geschehen müsse, um die Waf-

fen restlos zu erfassen und aus der Bevölkerung herauszubringen. Ein Gesetzentwurf des Reichsministers des Innern lag bereits vor. Er wird in aller nächster Zeit dem Kabinet zur Beschlußfassung zugehen und abdann dem Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt beschließen.

Die französische Gesandtschaft in München.

München, 23. Juli. Im bayerischen Landtag kam der Ministerpräsident Dr. v. Kahr auf die Wiederbesetzung der französischen Gesandtschaft in München zu sprechen. Er erklärte: Diese Frage ist seit langem Gegenstand des Meinungswechsels mit der Reichsregierung gewesen. Hier bestand Uebereinstimmung darin, daß Artikel 78 der Reichsverfassung den Bestand fremder Gesandtschaften bei den einzelnen Ländern entgegengesetzt und daß es im übrigen Sache des Auswärtigen Amtes bleibt, Verhandlungen hierüber mit der in Frage stehenden auswärtigen Macht zu führen. Die bayerische Regierung hat der französischen Botschaft in Berlin gegenüber auf deren Mitteilung über die Ernennung eines neuen Gesandten in München auf den vorerwähnten Artikel der Reichsverfassung Bezugnehmend zunächst wissen lassen, daß das betreffende Schreiben dem Auswärtigen Amt in Berlin übermittelt worden sei. Inzwischen hat sich der französische Gesandte in München eingefunden und hier bei einer erbetenen Unterredung sein Beglaubigungsschreiben überreicht, das in der Sache einer mündlichen Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen entgegengenommen habe. Der Verlauf dieser Unterredung zwischen mir und dem französischen Gesandten war durchaus korrekt.

Wir hoffen, daß die Reichsregierung unter keinen Umständen darin einwilligt, daß sich in München ein französischer Gesandtschaftsträger niederläßt, dessen einzige Tätigkeit darin bestehen würde, gegen den Bestand des Deutschen Reiches zu wühlen. Daß in Bayern trourige Elemente vorhanden sind, die ein reichsgefährdendes Treiben unternehmen, ist zu bekennen.

Eine Erklärung für Westpreußen.

Berlin, 24. Juli. Der deutsche Ausschuss für Westpreußen erklärt eine Erklärung, in der es heißt: Das westpreussische Volk hat sich durch seine Abstammung für den Anschluß an Ostpreußen und den für alle Zeiten unauflösbaren Zusammenhang mit dem Reich entschieden. Die Reichsverfassung sichert den westpreussischen Volksteilen den Schutz ihrer freien volkswirtschaftlichen Entwicklung, ihrer Mutterbrache und ihrer vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit zu. Die wirtschaftliche und geographische Lage der an der Weichsel gelegenen Gemeinden verbietet die gewalttätige Zerschlagung einzelner Gemeinden aus dem natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang und dem bestehenden Reichsverband. Die kleinste Gebietsteilung an Polen wäre eine Verewaltungung des von den a. und a. Mächten feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völler und eine Verletzung des Geistes des Friedensvertrages von Versailles.

Eine neue Rede Mikereands.

Paris, 24. Juli. Im Senat kam Mikereand auf die Ernennung Laurains in Berlin zu sprechen, der die Politik charakterisierte, die man in Deutschland befolgen wolle, und die eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden würde. Es sei ein Jertum, daß er wüschte, weitere Teile von Deutschland zu besetzen. Die Alliierten hätten zu einem gegebenen Moment die Verhandlungen bei der Kohlenfrage unterbrechen müssen wegen der lächerlichen Vorschläge Deutschlands. Sie hätten die Möglichkeit einer Beilegung ins Auge gefaßt. Um der Operation jeden Schein der Spekulation zu nehmen, sei der Kohlenpreis erhöht worden. Bezüglich der Konwolle erklärte er: Sodann man habe eine finanzielle Last auf sich genommen, aber nur um, zu der Herabsetzung der Kohlenpreise zu kommen und um die Deckung des Kohlenbedarfs für Frankreich zu erreichen. Zum Schluß sprach der Ministerpräsident über die Lage in Polen. Sie seien entschlossen, alles mögliche zu tun, um ihrem Verbinden zu Hilfe zu kommen. Polen werde nicht vergeblich warten.

Die Türkei unterzeichnet.

Amsterdam, 23. Juli. Die „Times“ melden aus Konstantinopel: Die Regierung beabsichtigt, sich die Besetzung in Paris telegraphisch zu beantragen, den Entente-Mächten mitzuteilen, daß die Türkei den Friedensvertrag unterzeichnete und werde, und daß die mit der Unterzeichnung beauftragten Delegierten so schnell wie möglich nach Paris reisen würden.

Russisch-Polnischer Krieg.

Paris, 24. Juli. (Coll. Nieuwsdur.) Hier liegen Nachrichten über die Räumung Warschaws durch die Zivilbevölkerung vor. Genaue Angaben über die Lage an der polnischen Front fehlen, da seit zwei Tagen kein amtlicher polnischer Bericht mehr eintrifft.

Kopenhagen, 24. Juli. Die Wälder berichten, daß starke englische Geschwader am Mittwoch vormittags in östlicher Richtung die Ostsee mit dem Kurs nach Riga passiert haben. Entlang der ostpreussischen Grenze treffen immer noch neue reguläre polnische Truppen auf der Flucht ein. Der italienische Kommandant des Abstimmungsgebietes Mestica hat ein bevorstehendes Eintreffen alliierter Kräfte im Abstimmungsgebiet angekündigt.

Paris, 24. Juli. (Quana.) Die schnelle Veränderung der Lage an der polnischen Front hat das französische Ministerium bestimmt, in Uebereinstimmung mit den anderen Alliierten die Kriegsbereitschaft eines Teiles des französischen Heeres auszusprechen.

Der Beschluß des Obersten Rates in der militärischen Unterabteilung Polens lautet auf die Mobilisierung von 16 Divisionen für Polen. Die ersten Truppenteile seien bereits laut „Temps“ vor ihrem Abmarsch.

London, 24. Juli. Es wird berichtet: Der Kriegsminister verfügte die Einberufung der Mannschaften für das 1. und 2. Territorialarmeeoberkorps.

Der unfähige Reichswehrminister.

In der reaktionären Disziplinlosigkeit der Reichswehr und namentlich ihres Offizierkorps ist vor und nach dem Kapp-Putsch bittere und berechtigte Kritik geübt worden. Aber mit einem Unterschied: Vor den Kapp-Tagen konzentrierten sich alle Vorwürfe und Angriffe auf die Person des Reichswehrministers Noske, an ihn richteten sich alle Mahnungen, Warnungen und Beschwerden. Auf ihn setzte aber auch eine nicht unerhebliche Anzahl von Personen die Hoffnung, daß er bei richtiger geistiger Einstellung den Unbelständen würde abhelfen können.

Von Herrn Gehler spricht heute kein Mensch. Weil es in der Reichswehr besser geworden wäre? O nein jedes Kind kann sehen, daß die Zustände unter Gehler mit jedem Tag toller werden. Aber bei allen Klagen und Vorwürfen tauchte der Name Gehler niemals auf. Wahrscheinlich wissen 90 Prozent derer, die früher auf Noske schimpften, überhaupt nicht, daß sein Nachfolger Gehler heißt.

Zum Teil ließe sich das ja darauf zurückführen, daß die Unabhängigen ihre Hebe stets nur auf die sozialdemokratischen Regierungsmittelglieder eingestellt haben. Tritt an die Stelle eines Sozialdemokraten ein Demokrat, Zentrumsmann, selbst ein Deutscher Volksparteiler, dann hört das Interesse der Unabhängigen am Schimpfen auf. Es ist interessant zu beobachten, wie für die jetzige reinbürgerliche Regierung die unabhängige Presse sogar mitunter Lobreden bringt, die sie sicher nie riskiert hätte, solange noch ein Sozialdemokrat auf Ministerposten gewesen wäre. Ganz systematisch lassen die Unabhängigen in ihrer Agitation die Reichsregierung links liegen und halten sich an die Landesregierungen, wo noch die Sozialdemokratie stark ist.

Aber das alle erklärt nur zum allergeringsten Teil, warum Gehler von Angriffen verschont bleibt, die ihm dreimal mehr gebühren als Noske. Noske war eben bei allem doch eine Persönlichkeit, die durch ihre Stärken und Schwächen vor selbst die Angriffe auf sich zog. Herr Gehler ist das Gegenteil einer Persönlichkeit. Er ist ein trauriges Nichts, das eben infolge seiner absoluten Unfähigkeit und Bedeutungslosigkeit von der Öffentlichkeit überhaupt nicht bemerkt wird.

Noske hat unzweifelhaft im System große Fehler begangen. Aber persönlich nahm er doch den Kampf gegen die reaktionäre Widerstandskraft auf, wo sie sich offen hervorwagte. Leute wie den Konteradmiral Meurer und andere dieses Schlages hat er ohne Bögen entlassen. Nur half dies energische Auftreten in einzelnen Fällen nicht, weil ein falsches System der Hebra immer neue Köpfe gab.

Herr Gehler hat den Kampf gegen offene Auflehnung und Widerstandskraft reaktionärer Offiziere längst eingestellt. Oder er löst es auch gar nicht dazu kommen weil er sich gar nicht erst traut, irgendwelche Befehle zu geben, die den Widerspruch reaktionärer Kreise reizen könnten. Er hat sich in seine Ministergemächer zurückgezogen und überläßt der Gegenseite kampflas das Feld.

Ein Schulbeispiel, wie man einem Gehler auf der Nase herumtanzen kann, bietet der Fall Buchruder. Major Buchruder, im März Kommandant in Rottbus, hat sich als einer der schlimmsten und fanatischsten Kappisten erwiesen er hat durch sein wahnsinnig provozierendes Auftreten ein Blutbad verursacht. Dem intensiven Drängen der Zivilbehörden des Landrats und des Regierungspräsidenten, gelang es endlich, Herrn Gehler zu bewegen, die Verurteilung Buchruders auszusprechen. Aber dieser Befehl wurde von den Vorgesetzten einfach nicht befolgt, sie ließen Herrn Buchruder im Amt, um, wie sie höhnisch erklärten, der „Seite“ gegen Buchruder den Triumph nicht zu lassen. Dies Verhalten wird in der sozialdemokratischen Presse fettenagelt. Darauf erlöste die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums ein Dementi mit der doppelten Lüge, daß einmal die Untersuchung gegen Buchruder seine Unschuld erwiesen habe und daß zweitens auch nichts gegen ihn verfaßt worden sei. Nur durch das Dazwischentreten des Unterstaatssekretärs Stöck, des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, kommt der Schwindel ans Tageslicht. Genosse Stöck zwingt die Nachrichtenabteilung, ihre Berichtigung zu widerrufen. Aber Herr Gehler schweigt zu allem. Er schweigt dazu, daß seine Befehle nicht ausgeführt werden, er schweigt dazu, daß seine Nachrichtenabteilung diese Widerständigkeit durch unwahre Mitteilungen an die Öffentlichkeit deckt.

Ein anderer Heiner, aber typischer Fall: In den Kapp-Tagen verfaßt ein Soldat der Reichswehrbrigade III ein Satir- und Spottgedicht auf die rechtsmäßige Regierung, das gedruckt unter den Soldaten verteilt wird. Unter Gehler wird der Mann zum Unteroffizier befördert!

In Westfalen widersteht sich ein Festkorps der Auflösung befehligte Reichswehrtruppen die die Auflösung erzwungen sollen, tötet drei Mann und verwundet sechs. Bis heute ist den Tätern nichts geschehen.

Der Organisationschef der Frontbünderschöpfung, Hauptmann Pfeffer, wird angeblich heimlich verfolgt. Das hindert ihn nicht, im Kreise Arnspolde ein neues Hauptquartier aufzuschlagen und von dort aus ganz ungescheit weiter Truppen zu organisieren.

Wir verlangen uns das Eingehen auf weitere derartige Fälle, die noch Dutzendweise namhaft gemacht werden können.

Seite 6.
auf von
aterial
s: Gebieten,
n im
ebingungen
berzeichneten
unserem. Ge-
r Nr. 6, Kaiser-
dlich.
in welchen
rtausbeding-
rücklich an-
müssen, sind
erhöhen und
schrift „Ange-
aterial“ ver-
ens
Juli d. J.
reichen.
21. Juli 1920
s. Wasser-
richtigkeitsamt.

HONIX
ALMANNIA
lplatz
ngarten.
5. Juli 1920
der Lecht,
an den
in Lintheim
den 27. Juli
ags 5 Uhr,
nmlung
aining
aktivem auf
ortplatz
ngarten).
den 28. Juli
s 6 1/2 Uhr
ngarten
ungsspiel
Pokal der
Presso:
nix A. H.
heim A. H.
zeige,
spielt
7. August
d. Meier
s (Berni
Moys am
August.
Mitglied
r Junioren
am Samstag
13 Uhr ab
Sportplatz
geben. 402

erien!
licher Schula
s schreiben
Bud's Spore
ie, Bestim-
onorar 20 RM

erkauf:
anzug (Robe
Schroth
hburg
em. 400

ak
schinen, ver-
ie für Daus-
s 30 RM, an-
ner. 21. 11.

uße
der, Schuhe
Möbel aller
den Preisen
hap, am
straße 67,
aldbornel)

hle!
e für Klei-
den, Schuhe,
Gardinen.
Tel. 3980
s. 22. 424

dieser Woche

isch
4577

ster
Bahnhofstr. 3
Telephon 18

ag!
tr. 9
5093

Nur an das Auftreten des Reichswehrministers in Spa muß noch erinnert werden, das ihn der ganze Welt als gedankenlosen Sprachritzer der Generalität enthielt hat.

Das reaktionäre Offizierkorps mag mit Gehler zufrieden sein. Kein Wunder, er ist der Mann nach ihrem Wunsche, der nicht zu befehlen mag, sich aber umso mehr von seinen Untergebenen befehlen läßt.

Politische Uebersicht.

Monarchistische Umtriebe.

Am 15. Juli brachte die „München-Ansb. Abendztg.“ einen eingehenden Bericht über die Organisation eines österreichischen monarchistischen Geheimbundes, an dessen Spitze der ehemalige Ministerpräsident Graf v. Martinis steht.

Vayerische „Ehrgeizige“, in denen Hoffnungen auf ein Großbayern erweckt wurden, unterstützen nach dem Gewährsmann der „M.-A.“ diese Pläne.

Ungarn strebt wohl einen habsburgischen König an, der aber aus König von Ungarn sein dürfte. Dualistische Reminiscenzen fanden keine Gegenliebe.

So das Münchener deutschnationale Blatt, das sich durch den Bericht seines Innsbrucker Gewährsmannes ein gewisses Verdienst um die Enthüllung monarchistischer gegenrevolutionärer Bestrebungen in Oesterreich und Bayern erworben hat.

Was am 15. Juli die „M.-A. Abendztg.“ über Innsbruck berichtet, trifft im allgemeinen zu. Das beweist ein Artikel des „Innger Tagblatts“ vom 16. Juli.

Die Dinge sind so weit vorgeschritten, daß wir nicht mehr schweigen können. Mitte Mai fanden in Linz Besprechungen mit den Vertretern der Württembergischen und österreichischen Reichstagesparteien statt.

Und nun die Hauptfrage: So unglaublich es klingt, aber es ist amtlich befestigte Tatsache, daß bereits an verschiedenen Orten Oesterreichs bayerische Soldaten in Uniform ausgehoben wurden.

Eine Erinnerung.

Aus dem Russischen von A. Krause.

Es war im Frühjahr 1908. Ich lag im Gefängnis von Kefarino, und war in einer Abteilung, in der die zum Tode Verurteilten untergebracht waren.

Was die Zellen betrifft so zeigten sie keine Besonderheiten, außer Aufzeichnungen an den Wänden, Türen und Fenstern, daß einer zum Tode verurteilt oder daß der oder jener am gegebenen Tage zur Hinrichtung geführt worden war.

Am 6. April, — ich erinnere mich, als wäre es heute — hatten wir einmal einen recht anständigen Aufseher als Posten. Er öffnete die Einzelzellen, obgleich es vorchriftswidrig war.

Wir drei, sagte Maslakoff, ich, Schtscherbakoff und Naidenko haben beschloßen, noch in dieser Nacht dem Leben ein Ende zu machen.

Ich fragte: „Wie werdet ihr denn das machen können?“ Maslakoff zeigte mir einige Willen die in Zigarettenpapier eingewickelt waren.

„Das ist Strechnin,“ sagte er. „Was sollte ich tun?“ Ich konnte mich nicht dazu entschließen, ihnen ihr Vorhaben auszusprechen.

Und die bayerische Regierung, unter deren Augen sich der letzte verächtliche Waffenknüttel konterrevolutionärer Agenten an den Grenzen vollzieht, ist sie denn völlig blind und taub für die sich jetzt geradezu häufenden Meldungen und Berichte über konterrevolutionäre Umtriebe?

Die Lustbarkeitssteuer.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 20. Juli finden wir folgendes Inserat:

Kino in Berlin.

Goldgrube, ohne Konkurrenz, an der Peripherie, allerbeste beschützte Gegend, stets ausverkauft, auch im Sommer, ca. 800 Plätze, Reingewinn ca. 200 000 Mk., p. a., für 475 000 Mk. in bar sofort umständelbar an schnell entschlossene Käufer zu verkaufen.

Bekanntlich haben die Kinobesitzer erklärt, daß die neue Lustbarkeitssteuer ihr Kino sei und in einer Protestversammlung wurden sämtliche „Stimme der Kinobesitzer“ vorgeführt.

Das preussische Agrarprogramm.

Von ausländischer Stelle wird den „P.P.A.“ mitgeteilt: Durch die staatlich betriebene und staatlich geförderte innere Kolonisation wurden in den letzten 30 Jahren in Preußen mehr als 500 000 Hektar Steuergelände bereitgestellt.

Badische Politik.

Der Gewerbelehrerberuf als Unterschluß.

Der Verband badischer Gewerbeschulmänner sah sich leider schon einigemale gezwungen, gegen die Absicht gewisser „gewerblicher“ Kreise Stellung zu nehmen, die den Gewerbelehrerberuf ohne Rücksicht auf dessen Anforderungen, Aufgaben und Ziele eine billige Unterschlußstufe zu finden.

voraussetzungen für einen „Lehrer“ im Sinne unserer heutigen Zeit. Gerade das nationale Pflichtgefühl der Gewerbelehrer, an welches zu appellieren der Artikler in völlig irreführender Weise sich anmaßt, verlangt in allererster Linie, dafür Sorge zu tragen, daß sich unter Ausnutzung des Gewerbelehreremangels in den Gewerbelehrerberuf nicht durchaus ungeeignete Elemente hineinbringen, welche der in den Gewerbebeschulen zu bewältigenden Volksbildungs- und Erziehungsarbeit mehr zum Schaden als zum Nutzen gereichen und die bisherigen, auch wieder fürzlich im Landtag gerühmten Erfolge der Gewerbebeschulen beeinträchtigen oder gänzlich in Frage stellen würden.

Die Uebernahme von Erziehungsanstalten durch den Staat. Das Justizministerium hat eine Denkschrift über die Uebernahme der Erziehungsanstalten in Südingen, Weingarten und Sinsheim a. S. durch den Staat dem Landtag vorgelegt.

Das Brennen von Getreide ist, worauf in einer amtlichen Preisnotiz der „Karlsh. Ztg.“ besonders hingewiesen wird, auch für die Ernte 1920 verboten.

Die Staatsräte. Bei der bevorstehenden Umbildung des badischen Kabinetts dürfte die Frage der Beibehaltung der Staatsräte nochmals in Fluß kommen.

Gegen die Wucherer und Preistreiber. Seit Bekanntwerden des Beschlusses des Landtagsausschusses, daß der durch die Durchführung der Verwirklichung einer Reihe wichtiger Lebensmittel vorzuziehen ist, macht sich das und dort — wie uns von unterrichteter Stelle erfahren wird, — eine übermäßige Steigerung der Preise bemerkbar.

Verwirklichte Demokratie.

Die deutsche Demokratie ist auf dem Marsche. So schwer ihr auch der Weg gemacht wird und so sehr sie von Gefahren von allen Seiten umstellt ist, geht sie, wenn auch langsam und oftmals mit Wunden bedeckt, ihren Weg.

mit der Einfaß des Wehrden G... Referend... Der Verfaß... Zustimmung... allerdings... mungen der... hineingearb... Soll ein... dem hohe n... möge, das d... schätzung...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a h... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a h... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a h... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a h... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a h... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a h... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a H... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a H... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a H... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a H... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Der von... Willema... Gefekentun... Der erst... tagwählge... den W a H... die Kreise... Wahlbehut... der Wahlte... freis V den... Mannheim... hoch. Wahl... siben Wahl... tigt bei de... und bei der... rechtlichen... im Lande... ante und... Bahnhöf... eines Haus... Staatsangeh... des Geheß... Der zw... Wege des... Etimmbe... Aufhebung... begehrt we... Form ein... der zu be... in jedem... Tagesblätt... Die Gemein... zeidnungsli... der übliche... trag der U... tezeitunfalte... terzeichnend... Stimmrecht... lisse oder... ist, hat sein... umweisen... bezugnehmend... entgegen... dem Volkse... Vertretung... schriftslog... als welcher... Beurkundun... zeidner in... wird, daß... lies auf be... gegeben wer... Landtagsper... tages oder... Lösung vorge... reicht, aber... folge des... so aber auf... auf Einkun... Volksstimm... oder des R... Landtags m... über das S... beauftrag... be a c h t e... viel ungülti...

Das Maximum persönlicher Diktatur.

Die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ beschäftigt sich mit den Verhältnissen in Russland und sagt es, — sehr im Gegensatz zu vielen ihrer radikalen Gesinnungsgenossen — an dem unfehlbaren Gott des Radikalismus, an Lenin, eine scharfe Kritik zu üben. Sie bemängelt, daß man auch in Russland infolge der Abschaffung des Bliz für die politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten des übrigen Europas verliere.

Der Aufruf Lenins an die englischen Arbeiter, so meint das unabhängige Blatt, sei eine Folge dieser Abschaffung, die Sowjetrußland sich jetzt nach dem Willen der Ententeimperialisten gefallen lassen muß. Gegen Lenin selbst wird folgender schwerer Vorwurf erhoben:

„Lenin hat die Fühlung mit der großen politischen Entwicklung der Welt verloren.“

Hierauf werden große Teile einer Rede zitiert, die Lenin auf dem dritten russischen Kongress der Wassertransportarbeiter gehalten hat. Lenin sagte damals:

„Von den Fragen, die in Presse und Versammlungen lebhaft diskutiert werden, ist eine der wichtigsten die Frage nach der Kollektivität oder der persönlichen Verwaltung. Denke ich an diese Frage, so möchte ich immer sagen: Die Arbeiter haben noch nicht genug von der Bourgeoisie gelernt, die intelligenten und reichlichen Bourgeoisie sind die englische und die amerikanische. Gibt sie und nicht Beispiele eines Maximums persönlicher Diktatur, einer maximalen Fixität des Regierungsapparates unter

voller Beibehaltung der Macht in den Händen der eigenen Klasse? ... Die Kollektivität soll die Arbeiterregierung bedeuten, das persönliche Regiment, dagegen eine arbeitertreue Regierung. Die Fragestellung selber und die Art der Argumentation beweist, daß uns immer noch ein klarer Klasseninstinkt abgeht. Wir haben aber keine Zeit, ihn erst zu lernen, wir müssen die Frage nach dem Kollektivregiment sofort stellen und lösen. Ich bin überzeugt, daß Sie zur Annahme der Richtlinien gelangen werden, die das Zentralkomitee der Partei ausgegeben hat, und ich hoffe, daß die Anwesenden, die als Wassertransportarbeiter wissen, was Kollektivität ist, in einer großen Mehrheit beizustimmen werden, daß wir ernste Geschäftsleute werden müssen, die die Räte ausstatten und ohne sie walten.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ beurteilt diese Verherrlichung der persönlichen Diktatur auf das Schärfste und bezeichnet die Ausschaltung der Arbeiterräte als die erste Konsequenz der Lenin'schen Theorie. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat in ihrer Kritik recht. Es darf nicht übersehen werden, wie gerade sie die bolschewistische Heilslehre nachgehakt hat. Wenn man das bolschewistische Aktionsprogramm der U.S.R. tut — dann ist es eben nicht zu ändern, daß man eines Tages sich mit der ganzen bolschewistischen Theorie abfinden muß, oder aber man befindet sich doch noch in letzter Stunde, verzichtet auf die bolschewistische Ideologie und bekennt sich zur Sozialdemokratie.

mit der Einstellung der Landtagswahlkreise hat der Untersuchungsausschuss des badischen Landtages nunmehr den Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die in der Verfassung festgelegte Volksinitiative und das Volksreferendum der praktischen Verwirklichung entgegenführt. Der Verfassungsausschuss hat dem Entwurf einstimmig seine Zustimmung gegeben, so daß der Gesetzentwurf — der teilweise allerdings nur ein provisorischer ist, da noch mancherlei Bestimmungen der Reichsregierung erst in die badische Verfassung hineingearbeitet werden müssen — rasch Gesetz wird, womit das Volk eine der höchsten demokratischen Errungenschaften griffbereit in die Hand bekommt, von der allzeit durchweht, es mit dem hohen Verantwortungsgefühl Gebrauch machen möchte, das die Bedeutung von Volksvorschlagsrecht und Volksabstimmung seinen Trägern auferlegt.

Der vom Berichterstatter des Verfassungsausschusses Abgeordnete Mann mit einer eingehenden Begründung versehenen Gesetzentwurf zerfällt in 4 Teile.

Der erste Teil befaßt sich mit der Hauptsache mit dem Landtagswahlgesetz. Für die Landtagswahl wird das Land in sieben Wahlkreise eingeteilt. Es umfaßt der Wahlkreis I die Kreise Konstanz und Balingen, der Wahlkreis II die Kreise Waldshut und Bärnach, der Wahlkreis III den Kreis Freiburg, der Wahlkreis IV die Kreise Offenburg und Baden, der Wahlkreis V den Kreis Karlsruhe, der Wahlkreis VI den Kreis Mannheim, der Wahlkreis VII die Kreise Heidelberg und Mosbach. Wahlkreisverbände werden nicht gebildet. Die in den sieben Wahlkreisen unterrepräsentiert gebliebenen Stimmen sind den Landeswahlvorschlägen zuzurechnen. Stimmberechtigt bei den Wahlen zum Landtag, beim Volksvorschlagsrecht und bei der Volksabstimmung sind alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, die im Lande ihren Wohnort haben, einschließlich der Soldaten, Wehrmänner und Arbeiter in badischen Staatsbetrieben, die ihren Wohnort außerhalb Badens haben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes sind stimmberechtigt, wenn sie die badische Staatsangehörigkeit besitzen und im übrigen die Voraussetzungen des Gesetzes bei ihnen vorliegen.

Der zweite Teil regelt das Volksvorschlagsrecht. Auf dem Wege des Volksvorschlagsrechts kann jederzeit von 80 000 Stimmberechtigten die Erlassung, Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes einschließlich der Verfassungsgesetze begehrt werden. Das Verlangen kann nur gestellt werden in Form eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes, der zu begründen ist. Der Entwurf mit Begründung muß in jedem Landtagswahlkreis in einem der daselbst erscheinenden Tagesblätter von den Antragstellern bekanntgegeben werden. Die Gemeinden sind verpflichtet, die vorgeschriebenen Unterschriftenlisten, die ihnen die Beteiligten übergeben, während der üblichen Amtsstunden zum eigenhändigen schriftlichen Eintrag der Unterschriftenklärung durch die Stimmberechtigten herbeizuführen. Vor jeder Unterschrift ist zu prüfen, ob der Unterscheidende in der Gemeinde stimmberechtigt ist. Für das Stimmrecht sind die Einträge in der zuletzt benutzten Wählerliste oder Wahlkarte maßgebend. Wer darin nicht eingetragen ist, hat sein Stimmrecht vor der Unterzeichnung der Liste nachzuweisen. Die ersten zehn Unterschriften auf der als solche zu bezeichnenden Urliste des Volksvorschlags gelten als die Repräsentanten aller übrigen Mitunterzeichner und haben alle mit dem Volksvorschlag zusammenhängenden Geschäfte sowie die Vertretung gegenüber den Behörden zu besorgen. Jeder Unterschriftsbogen muß den Namen des Unterscheidenden, die Gemeinde, aus welcher die Unterschriften stammen und am Schluß die Beurkundung der Gemeindebehörde enthalten, daß die Unterschriften in der Gemeinde stimmberechtigt sind. Wenn verlangt wird, daß der Landtag einberufen oder aufgelöst wird, muß dies auf der Urliste und den Abdrucken des Begehrens angegeben werden. Dieses Verlangen ist unbeachtlich, wenn die Landtagsperiode vor Ablauf der für die Einberufung des Landtages oder die Vornahme der Volksabstimmung über die Aufhebung vorgezeichneten Frist von einem Monat ihr Ende erreicht, oder die Einberufung durch das Staatsministerium infolge des Zusammentritts des Landtags kraft eigenen Beschlusses oder auf Einberufung durch den Präsidenten entbehrlich wird. Auf Einkunft des Volksvorschlags oder des Begehrens der Volksabstimmung über ein vom Landtag angenommenes Gesetz oder des Verlangens nach Einberufung oder Auflösung des Landtags mit den vorgezeichneten Befehlen hat der Landtag oder das Staatsministerium alsbald zu prüfen, ob die in der Verfassung und in diesem Gesetz vorgezeichneten Vorschriften beachtet sind, und festzustellen, wie viel gültige und wie viel ungültige Unterschriften beigebracht wurden. Recht hier-

nach ein geschwähigtes Volksgesetz vor, so ist dies in öffentlicher Sitzung des Landtages oder vom Staatsministerium in der „Leipziger Zeitung“ unter Beifügung der hierauf getroffenen Entschlüsse bekannt zu geben. Ein Verlangen, bei dem die verfassungsmäßigen Voraussetzungen fehlen, ist abzulehnen. Die Ablehnung ist den Beauftragten und, wenn sie durch das Staatsministerium erfolgt, auch dem Landtag bekannt zu geben. Lehnt der Landtag einen mittels des Volksvorschlagsrechts begehrteten Gesetzentwurf ab, so ist durch das Staatsministerium alsbald eine Volksabstimmung über das Volksgesetz herbeizuführen. Entschieden wird bei einer Verfassungsänderung mit zwei Drittel Mehrheit, bei einem sonstigen Gesetz mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden für für das Gesetz begehren, so ist das Gesetz als angenommen zu betrachten. Der Landtag kann bei Ablehnung des begehrteten Gesetzes sogleich ein den gleichen Gegenstand anderes reichliches Gesetz beschließen. In diesem Falle muß das Staatsministerium gemäß Verfassung dieses vom Landtag beschlossene Gesetz zusammen mit dem vom Volke begehrteten Gesetze zur Volksabstimmung bringen. Soweit über den gleichen Gegenstand von mehreren Seiten verschiedene Volksgesetze eingereicht, so findet dieser Aktus entsprechende Anwendung.

Der dritte Teil des Gesetzentwurfes befaßt sich mit der Volksabstimmung, für die die für die Landtagswahl geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung finden. Den Tag der Volksabstimmung bestimmt das Staatsministerium. Er darf, abgesehen vom Falle des § 48 Abs. 1 der Verfassung, nicht länger als 8 Wochen über den Tag hinaus festgesetzt werden, an dem die Notwendigkeit der Volksabstimmung sich ergeben hat. Die der Volksabstimmung zu unterstellende Frage ist vom Staatsministerium in der Weise zu stellen, daß sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann. Sie ist in Blättern, die als öffentliche Verkündungsblätter dienen, bekannt zu machen. Vor der Volksabstimmung über ein vom Landtag beschlossenes Gesetz oder über ein Volksgesetz sind auch diese in gleicher Weise bekannt zu machen. Die Erstellung und Ausgabe der Stimmzettel für Volksabstimmungen erfolgt durch das Ministerium des Innern. Sie sind in genügender Anzahl den Stimmberechtigten zur Verfügung zu stellen. Werden gleichzeitig mehrere Fragen zur Volksabstimmung gebracht, so ist für jede Frage ein besonderer Stimmzettel auszufüllen. Die sämtlichen Stimmzettel sind in einem Umschlag abzugeben.

Inglücklich sind Stimmzettel: die nicht in einem amtlich abgeimpften Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind, die nicht von weissen oder weißlichem Papier sind, die mit einem Kennzeichen versehen sind, die weder „Ja“ noch „Nein“ oder beides zugleich als Antwort zu der gleichen Frage, oder die einen Ja-

so eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber der zur Abstimmung gestellten Frage enthalten.

Der letzte Teil des Gesetzentwurfes bringt formelle Bestimmungen über das Gesetz, das nach seiner Einbürgerung bei weitem Gebrauch einer der Grundpfeiler der Demokratie und der Entwicklung unseres öffentlichen Lebens sein wird.

Wie aus dem Landtagsbericht in der gestrigen Zeitung ersichtlich, wurde in der Plenarsitzung vom Donnerstag der Gesetzentwurf über das Volksvorschlagsrecht und über die Volksabstimmung einstimmig angenommen.

Aus der Partei.

5. Landtagswahlkreis. Unterbezirkskonferenzen.

- finden statt:
- In Ettlingen, für den Bezirk Ettlingen: am Sonntag, 25. Juli, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zum „Bildemann“.
 - In Rastatt, für die Bezirke Rastatt, Baden und Gaggenau: am Sonntag, 25. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Anker“.
 - In Durlach, für den Bezirk Durlach: am Montag, 26. Juli, nachm. 4 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“.
 - In Karlsruhe, für den Bezirk Karlsruhe: am Donnerstag, 22. Juli, nachm. 4 Uhr, im „Auerhahn“.
 - In Bruchsal, für den Bezirk Bruchsal: am Sonntag, 1. August, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zur „Pfalz“.
 - In Bretten, für den Bezirk Bretten: am Sonntag, 8. August, nachm. 1 Uhr, im Gasthaus „Württembergischer Hof“.
- Tagesordnung:
1. Rückblick auf die Reichstagswahl.
 2. Agitation für Partei und Presse.
 3. Reichstagswahl-Abrechnung.
- Referent: Genosse Trinius-Karlsruhe.
- Zu diesen Konferenzen sind die Vorstehenden der Mitgliedschaften eingeladen. Im Verhinderungsfalle ist ein anderer Genosse mit der Vertretung zu betrauen.
- Das Parteisekretariat: Oskar Trinius.
1. Zell a. S., 26. Juli. Waldsest. Der Soz. Verein Zell a. S. veranstaltet am Sonntag, 25. Juli, ein Waldfest, zu dem die Parteifreunde aus der Umgegend freundlichst eingeladen werden. Alle Vorbereitungen sind getroffen, um den Gästen einige frohe Stunden zu bereiten. Um halb 2 Uhr mittags sammeln sich die Festteilnehmer am Forsthaus und marschieren mit Musikbegleitung zum Festplatz. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saalbau zum „Badischen Hof“ statt.

Jugend und Sport.

Staatsbeihilfe für Jugendpflege.

Amtlich wird bekanntgegeben: Aus Mitteln des Staatsvoranschlags für das Jahr 1926 können zur Unterstützung von Vereinen, die sich auf dem Gebiete der Leibesübungen und der Jugendpflege betätigen, und zur etwaigen Abhaltung von Lehrgängen innerhalb der Verbände Beihilfen zur Verfügung gestellt werden. Anträge von Vereinen sind bei ihren Verbänden einzureichen, die sie gesammelt mit entsprechendem Antrag an das Ministerium des Kultus und Unterrichts vorlegen.

Städtewettpiel Mannheim-Karlsruhe.

Am morgigen Sonntag, nachmittags halb 4 Uhr, findet auf dem neuen Spielplatz der Freien Turnerschaft beim Schützenhaus (Lindenheimer Allee) ein Fußball-Städtewettpiel zwischen Freier Turnerschaft Mannheim und Freier Turnerschaft Karlsruhe statt. Freunde des Fußballspiels sind freundlichst eingeladen.

Spieltag der Arbeiterturner in Daglanden.

Morgen Sonntag, 25. Juli, findet in Daglanden ein Spieltag für die Gruppe Karlsruhe Abt. II statt. Die Spiele beginnen mittags 2 Uhr. Es treffen sich Mühlburg, Daglanden, Heierheim, Forstheim, Morsch und Neuburgweier. Es ist Pflicht, daß alle Vereine erscheinen, damit die Spiele ihren Abschluß finden. Ball mitnehmen. Die Führung der Spiele liegt in den Händen des Gruppenleiters O. Dambach, Morsch, Der Bezirkspielleiter.

Der Arbeiterverein „Freiheit“ Oberkirch feiert am 25. Juli ein Sommer-Fest. Trotz generischer Bekämpfung können wir heute feststellen, daß der Verein sich zu einem ansehnlichen Glied in der Arbeiterbewegung entwickelt hat. Bedauerlich ist, daß noch ein großer Teil der kriegsorganisierten Arbeiterkraft unserer Bewegung fern steht. Begonnen hat in bürgerlichen Sportvereinen befindet. Hier sollte der Hebel angelegt und durch intensive Aufklärungsarbeit die Scharte ausgeweitet werden. Der Feind, den wir am tiefsten hoffen, ist der Unverstand der Massen. Der Aufklärung der Jugend muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden wie bisher. An die hiesige Einwohnerschaft richten wir die Bitte, durch guten Besuch unser Sommerfest unterstützen zu wollen. Ein gebiengenes Programm ist aufgestellt, wo ein jeder aufrieden sein wird.

Dann kam die Unterhaltung irgendwie ins Stocken, und wir legten uns schlafen.

Wir mochten etwa zwei Stunden geschlafen haben, da erachte ich an einem Geräusch und sah, daß die Tür offen war. Im Korridor standen Soldaten und zwei Offiziere und in unserer Zelle Aufseher und drei Gehilfen des Gefängnisdirektors. Ich wollte aufspringen, aber man befahl mir, mich nicht zu rühren. Einer von den Gehilfen ging zu der Stelle, wo der Verurteilte schlief, und sagte: „Stehen Sie auf! ... Und ziehen Sie den Mantel an — es ist kalt auf dem Hof!“

Naidenko begriff sofort, um was es sich handelte, er zeigte aber nicht die geringste Unruhe. Er bat nur, ihm die Hände nicht zu binden. Dann ging er auf uns zu, küßte uns und verließ schnell die Zelle. Die Tür knallte zu, das Schloß knarrte, und der Transport legte sich in Bewegung. „Lebt wohl Kameraden!“ rief er nochmals, und alles ward still.

Matt und farblos habe ich das alles mit ungeübter Hand niedergeschrieben. Aber ich habe alles so erzählt wie es tatsächlich war. Jahre sind darüber vergangen, aber auch noch heute kann ich mir mit Frauen an jene qualvollen Tage zurückdenken mit ihren ungeahnten Reizen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

„Der Schwäbische Bund“, die neue Monatschrift aus Oberdeutschland (Verlag „Der Schwäbische Bund“ Straßburg). Schwäb. B. m. b. G., Stuttgart) tritt mit dem sechsten erschienenen Heft in das letzte Vierteljahr ein. Treffliche textliche Darstellungen mit zahlreichen Tafeln und Zeichnungen schmücken das Heft und wir erwähnen aus dem Inhalt: Auguste Supper, Verfassung (Erzählung); Johann Baptist Seel, Ein Malerschicksal um 1800; Dr. Hermann Heßler, Der Barock; Rudolf Hans Werrich, Landleben III; Prof. Martin Wäger, Wegens, Barockberg Anteil am deutschen Geistesleben (Schluß); Präsident Dr. Abbeiter-Stuttgart, Aus meinem Leben, Erinnerungen und Betrachtungen I; Dr. Manfred Bräuhäuser-Stuttgart, Goldwunde und Goldgewinnung zwischen Räten und Mittelrhein (Schluß); Jakob Schaffner, Die Welt im Licht Alfred Herrs; Hermann Wiffenharter, Ueber Bücher und Dichter. Anzische Beiträge sind von Alfred Huggenberger, Holde Kurz und Hermann Heßler veröffentlicht.

er heutigen Verhältnisse, der Verfassungsausschuss des badischen Landtages nunmehr den Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die in der Verfassung festgelegte Volksinitiative und das Volksreferendum der praktischen Verwirklichung entgegenführt. Der Verfassungsausschuss hat dem Entwurf einstimmig seine Zustimmung gegeben, so daß der Gesetzentwurf — der teilweise allerdings nur ein provisorischer ist, da noch mancherlei Bestimmungen der Reichsregierung erst in die badische Verfassung hineingearbeitet werden müssen — rasch Gesetz wird, womit das Volk eine der höchsten demokratischen Errungenschaften griffbereit in die Hand bekommt, von der allzeit durchweht, es mit dem hohen Verantwortungsgefühl Gebrauch machen möchte, das die Bedeutung von Volksvorschlagsrecht und Volksabstimmung seinen Trägern auferlegt.

Der vom Berichterstatter des Verfassungsausschusses Abgeordnete Mann mit einer eingehenden Begründung versehenen Gesetzentwurf zerfällt in 4 Teile.

Der erste Teil befaßt sich mit der Hauptsache mit dem Landtagswahlgesetz. Für die Landtagswahl wird das Land in sieben Wahlkreise eingeteilt. Es umfaßt der Wahlkreis I die Kreise Konstanz und Balingen, der Wahlkreis II die Kreise Waldshut und Bärnach, der Wahlkreis III den Kreis Freiburg, der Wahlkreis IV die Kreise Offenburg und Baden, der Wahlkreis V den Kreis Karlsruhe, der Wahlkreis VI den Kreis Mannheim, der Wahlkreis VII die Kreise Heidelberg und Mosbach. Wahlkreisverbände werden nicht gebildet. Die in den sieben Wahlkreisen unterrepräsentiert gebliebenen Stimmen sind den Landeswahlvorschlägen zuzurechnen. Stimmberechtigt bei den Wahlen zum Landtag, beim Volksvorschlagsrecht und bei der Volksabstimmung sind alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, die im Lande ihren Wohnort haben, einschließlich der Soldaten, Wehrmänner und Arbeiter in badischen Staatsbetrieben, die ihren Wohnort außerhalb Badens haben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes sind stimmberechtigt, wenn sie die badische Staatsangehörigkeit besitzen und im übrigen die Voraussetzungen des Gesetzes bei ihnen vorliegen.

Der zweite Teil regelt das Volksvorschlagsrecht. Auf dem Wege des Volksvorschlagsrechts kann jederzeit von 80 000 Stimmberechtigten die Erlassung, Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes einschließlich der Verfassungsgesetze begehrt werden. Das Verlangen kann nur gestellt werden in Form eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes, der zu begründen ist. Der Entwurf mit Begründung muß in jedem Landtagswahlkreis in einem der daselbst erscheinenden Tagesblätter von den Antragstellern bekanntgegeben werden. Die Gemeinden sind verpflichtet, die vorgeschriebenen Unterschriftenlisten, die ihnen die Beteiligten übergeben, während der üblichen Amtsstunden zum eigenhändigen schriftlichen Eintrag der Unterschriftenklärung durch die Stimmberechtigten herbeizuführen. Vor jeder Unterschrift ist zu prüfen, ob der Unterscheidende in der Gemeinde stimmberechtigt ist. Für das Stimmrecht sind die Einträge in der zuletzt benutzten Wählerliste oder Wahlkarte maßgebend. Wer darin nicht eingetragen ist, hat sein Stimmrecht vor der Unterzeichnung der Liste nachzuweisen. Die ersten zehn Unterschriften auf der als solche zu bezeichnenden Urliste des Volksvorschlags gelten als die Repräsentanten aller übrigen Mitunterzeichner und haben alle mit dem Volksvorschlag zusammenhängenden Geschäfte sowie die Vertretung gegenüber den Behörden zu besorgen. Jeder Unterschriftsbogen muß den Namen des Unterscheidenden, die Gemeinde, aus welcher die Unterschriften stammen und am Schluß die Beurkundung der Gemeindebehörde enthalten, daß die Unterschriften in der Gemeinde stimmberechtigt sind. Wenn verlangt wird, daß der Landtag einberufen oder aufgelöst wird, muß dies auf der Urliste und den Abdrucken des Begehrens angegeben werden. Dieses Verlangen ist unbeachtlich, wenn die Landtagsperiode vor Ablauf der für die Einberufung des Landtages oder die Vornahme der Volksabstimmung über die Aufhebung vorgezeichneten Frist von einem Monat ihr Ende erreicht, oder die Einberufung durch das Staatsministerium infolge des Zusammentritts des Landtags kraft eigenen Beschlusses oder auf Einberufung durch den Präsidenten entbehrlich wird. Auf Einkunft des Volksvorschlags oder des Begehrens der Volksabstimmung über ein vom Landtag angenommenes Gesetz oder des Verlangens nach Einberufung oder Auflösung des Landtags mit den vorgezeichneten Befehlen hat der Landtag oder das Staatsministerium alsbald zu prüfen, ob die in der Verfassung und in diesem Gesetz vorgezeichneten Vorschriften beachtet sind, und festzustellen, wie viel gültige und wie viel ungültige Unterschriften beigebracht wurden. Recht hier-

er heutigen Verhältnisse, der Verfassungsausschuss des badischen Landtages nunmehr den Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die in der Verfassung festgelegte Volksinitiative und das Volksreferendum der praktischen Verwirklichung entgegenführt. Der Verfassungsausschuss hat dem Entwurf einstimmig seine Zustimmung gegeben, so daß der Gesetzentwurf — der teilweise allerdings nur ein provisorischer ist, da noch mancherlei Bestimmungen der Reichsregierung erst in die badische Verfassung hineingearbeitet werden müssen — rasch Gesetz wird, womit das Volk eine der höchsten demokratischen Errungenschaften griffbereit in die Hand bekommt, von der allzeit durchweht, es mit dem hohen Verantwortungsgefühl Gebrauch machen möchte, das die Bedeutung von Volksvorschlagsrecht und Volksabstimmung seinen Trägern auferlegt.

Der vom Berichterstatter des Verfassungsausschusses Abgeordnete Mann mit einer eingehenden Begründung versehenen Gesetzentwurf zerfällt in 4 Teile.

Der erste Teil befaßt sich mit der Hauptsache mit dem Landtagswahlgesetz. Für die Landtagswahl wird das Land in sieben Wahlkreise eingeteilt. Es umfaßt der Wahlkreis I die Kreise Konstanz und Balingen, der Wahlkreis II die Kreise Waldshut und Bärnach, der Wahlkreis III den Kreis Freiburg, der Wahlkreis IV die Kreise Offenburg und Baden, der Wahlkreis V den Kreis Karlsruhe, der Wahlkreis VI den Kreis Mannheim, der Wahlkreis VII die Kreise Heidelberg und Mosbach. Wahlkreisverbände werden nicht gebildet. Die in den sieben Wahlkreisen unterrepräsentiert gebliebenen Stimmen sind den Landeswahlvorschlägen zuzurechnen. Stimmberechtigt bei den Wahlen zum Landtag, beim Volksvorschlagsrecht und bei der Volksabstimmung sind alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, die im Lande ihren Wohnort haben, einschließlich der Soldaten, Wehrmänner und Arbeiter in badischen Staatsbetrieben, die ihren Wohnort außerhalb Badens haben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes sind stimmberechtigt, wenn sie die badische Staatsangehörigkeit besitzen und im übrigen die Voraussetzungen des Gesetzes bei ihnen vorliegen.

Der zweite Teil regelt das Volksvorschlagsrecht. Auf dem Wege des Volksvorschlagsrechts kann jederzeit von 80 000 Stimmberechtigten die Erlassung, Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes einschließlich der Verfassungsgesetze begehrt werden. Das Verlangen kann nur gestellt werden in Form eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes, der zu begründen ist. Der Entwurf mit Begründung muß in jedem Landtagswahlkreis in einem der daselbst erscheinenden Tagesblätter von den Antragstellern bekanntgegeben werden. Die Gemeinden sind verpflichtet, die vorgeschriebenen Unterschriftenlisten, die ihnen die Beteiligten übergeben, während der üblichen Amtsstunden zum eigenhändigen schriftlichen Eintrag der Unterschriftenklärung durch die Stimmberechtigten herbeizuführen. Vor jeder Unterschrift ist zu prüfen, ob der Unterscheidende in der Gemeinde stimmberechtigt ist. Für das Stimmrecht sind die Einträge in der zuletzt benutzten Wählerliste oder Wahlkarte maßgebend. Wer darin nicht eingetragen ist, hat sein Stimmrecht vor der Unterzeichnung der Liste nachzuweisen. Die ersten zehn Unterschriften auf der als solche zu bezeichnenden Urliste des Volksvorschlags gelten als die Repräsentanten aller übrigen Mitunterzeichner und haben alle mit dem Volksvorschlag zusammenhängenden Geschäfte sowie die Vertretung gegenüber den Behörden zu besorgen. Jeder Unterschriftsbogen muß den Namen des Unterscheidenden, die Gemeinde, aus welcher die Unterschriften stammen und am Schluß die Beurkundung der Gemeindebehörde enthalten, daß die Unterschriften in der Gemeinde stimmberechtigt sind. Wenn verlangt wird, daß der Landtag einberufen oder aufgelöst wird, muß dies auf der Urliste und den Abdrucken des Begehrens angegeben werden. Dieses Verlangen ist unbeachtlich, wenn die Landtagsperiode vor Ablauf der für die Einberufung des Landtages oder die Vornahme der Volksabstimmung über die Aufhebung vorgezeichneten Frist von einem Monat ihr Ende erreicht, oder die Einberufung durch das Staatsministerium infolge des Zusammentritts des Landtags kraft eigenen Beschlusses oder auf Einberufung durch den Präsidenten entbehrlich wird. Auf Einkunft des Volksvorschlags oder des Begehrens der Volksabstimmung über ein vom Landtag angenommenes Gesetz oder des Verlangens nach Einberufung oder Auflösung des Landtags mit den vorgezeichneten Befehlen hat der Landtag oder das Staatsministerium alsbald zu prüfen, ob die in der Verfassung und in diesem Gesetz vorgezeichneten Vorschriften beachtet sind, und festzustellen, wie viel gültige und wie viel ungültige Unterschriften beigebracht wurden. Recht hier-

Mit Naidenko, der am Leben geblieben war, ging eine auffällige Veränderung vor sich. Er wurde still, sonst betete viel und bat sogar, die Kirche besuchen zu dürfen. Ueberhaupt ging in ihm Eigenartiges vor. Einmal sagte er: „Es muß doch schon sein, ein Gendarm zu sein.“ Und auf die Frage, warum, schweig er. Ein anderes Mal fing er an zu reden an, wie schon es wäre, jetzt in die Zelle zu gehen und dort als Einsiedler zu leben, niemanden zu sehen, nichts zu hören und nur noch mit Gott und der Natur Gemeinschaft zu haben. Mitunter geriet er in Ekstase und dankte Gott dafür, daß er ihn für würdig befunden habe, solche Leiden zu ertragen.

Gestern führte man Naidenko zu uns in die Zelle, und wir blieben zusammen bis zum 29. April. In diesem Tage befahl ihm beim Abendappell der Gehilfe des Gefängnisdirektors, sein Bett zu nehmen und in eine andere Zelle überzuführen. Für uns bestand kein Zweifel, daß sie ihn in dieser Nacht hinrichten würden, und wir beschloßen, nicht zu schlafen.

Schon war es Mitternacht geworden, als aus der Zelle des Verurteilten Gesang erklang. Sicher war er in großer Angst, und so suchte er durch Gesang seine Stimmung zu heben. Doch plötzlich brach der Gesang ab, und er fing an, seinen Körper am Fenstergitter zu verhängen. Dann packte er die Lampe, goß das Petroleum auf das Fenstergitter und zündete es an. Hierauf fiel er zu Boden und wand sich in Krämpfen, ähnlich wie die, die Gift genommen hatten. Der Gefängnisdirektor und der Feldscher stürzten herbei und behandelten ihn so, als ob er sich vergiftet hätte. „Schade“, bemerkte der Gefängnisdirektor, „daß die Eskorte sich verspätet hat, sonst hätte er es nicht mehr nötig gehabt, sich zu vergiften.“

Am Morgen kam der Arzt, aber Naidenko sagte, er sei gesund und würde sich nichts wieder antun, wenn man ihn zu uns in die Zelle lassen würde. Sie beratschlagten eine kurze Zeit und führten ihn tatsächlich zu uns.

Wir waren überzeugt, daß man ihn in der nächsten Nacht unbedingt hinrichten würde, und schliefen bis 12 Uhr nicht. Naidenko war vollkommen ruhig und erzählte uns einiges aus seinem Leben. Wir erfuhrten, daß sein wirklicher Name Sabranikoff war, daß er in irgendeinem Regiment im Kaukasus gedient hatte und dort desertiert war. In seiner Heimat hatte er eine Braut, die er zu heiraten beabsichtigte.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

In Hannover fand am 11. bis inkl. 17. Juli der 18. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands statt. Die Opposition stand im Verhältnis zur Mehrheit in wie 2 zu 1. Die Arbeiten vollzogen sich jedoch im allgemeinen recht sachlich, wenn auch die Meinungen manchmal sehr weit von einander abwichen. Der Vorsitzende Kreh wies ein Bild auf das 30jährige Wirken des Verbandes, der heute annähernd 700.000 Mitglieder zählt. Der Redner beschäftigte sich sodann mit dem Streben anderer Verbände unferer Organisation größere Agitationsgebiete abzutrennen. Er verweist auf die Verhinderung der Schaffung eines Vorkriegsverbandes und einer Organisation für die gesamte Vorkriegsindustrie. Die Verbandsaktivität ist Vorbereitung für den Sozialismus. Die politische Auffassung soll nach wie vor Sache des Einzelnen sein. An dem politischen Streit über den Weg zum Ziel wollen wir uns nicht beteiligen, sonst wird unsere Organisation zersplittern, die Arbeiterschaft im gewerkschaftlichen Kampf geschwächt.

Redakteur Prüll verweist auf die Schwierigkeiten der Redaktionsführung unter den heutigen Zeitströmungen. Er war bestrebt, sachlich und objektiv zu bleiben.

In der Debatte zum Vorstandsbericht wird wieder gegen die Kriegspolitik Stellung genommen. Reimann-Perlin gibt zu, daß der Vorstand in gewerkschaftlichen Kreisen richtig gehandelt hat. Eine Resolution Reimann-Perlin, die einläuft, sagt in ihren Schlußsätzen:

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (A.D.G.B.) hat arbeiterteindliche Kriegspolitik offiziell kritisiert, der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und sein Organ, „Der Proletarier“, haben diese Politik nicht nur gebilligt, sondern in Wort und Schrift gefördert.

Der Verbandstag verurteilt aufs Schärfste die Haltung dieser Körperschaften während und nach dem Kriege, er erblickt darin einen Mißbrauch seines Vertrauens, einen glatten Verrat an den Interessen der Arbeiterklassen, eine Preisgabe der Grundzüge des Sozialismus.

Diese Resolution wird in scheinbarer Abstimmung mit 27 gegen 136 Stimmen abgelehnt.

Großmann-Hannover spricht über Industrieerlände. Er geht auf die Entwicklung der Verbände ein, auf andere Verhältnisse infolge der Umwälzung in wirtschaftlicher Beziehung auch organisatorisch. Er trägt zum Beispiel durch Abgabe der Vorstandstätigkeit an andere Berufsgruppen. Er fordert vom Bundesrat und Reichsregierung unferer Interessen in gleicher Weise, wie bei anderen Verbänden. In einem Bericht bringt hierauf der Verbandstag zum Ausdruck, daß er die Betriebsorganisationen im Rahmen der Industrieverbände als die erstrebenswerten Organisationsform anerkennt.

Der Zweck des Verbandes wird in folgenden Sätzen niedergelegt:

- a) die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft;
- b) volle Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit;
- c) die Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen der Mitglieder unter Ausfluß aller politischen und religiösen Fragen.

Die Unterstützungsätze und Beiträge erfahren eine Neuregelung.

Die beantragte Sitzverlegung des Vorstandes nach Stuttgart wird abgelehnt.

Die Gauverbände erhalten einen Beirat, aus 7 Personen bestehend.

Beschlossen wird: Für staatslich-soziale, kommunale und gemeinnützige Zwecke dürfen Verbandsgelder nur mit Zustimmung des Verbandsauschusses und des Beirates ausgeteilt werden.

Ein Antrag, den Gauleitern auf den künftigen Verbandstagen kein Stimmrecht zu geben, wird abgelehnt.

Stühler-Hannover referiert über „Arbeitsgemeinschaften“. Ohne diese wäre es nicht möglich gewesen, die Verhältnisse der Unternehmer in den letzten Jahren zu schaffen. Auch auf Seiten der Arbeiter sind die Gegensätze gegen die Arbeitsgemeinschaften vorhanden, denn sie bringen einem klemmungslosen Lohnabbau vor. Die paritätischen Arbeitsnachweise sind ein wesentlicher Vorteil. Wir benötigen die Arbeitsgemeinschaften als Mittel zum Zweck.

Rehholz-Frankfurt als Korreferent erklärt, im kapitalistischen Staat kann es zu keinem Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze kommen. Mit der Arbeitsgemeinschaft halten die Unternehmer die Gegner im Schach.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Johann Strauß, der berühmten Walzerfamilie jüngster Epoche stand am letzten Freitag in der Festhalle als Leiter eines Walzerabends vor dem städtischen Landesinfanterieorchester. Und das verfiel ihm mit dem Kurzeinzelnen, dem es zeigte einen Ausblick in ein Land, das Schätze birgt, die Leben zu spenden vermögen, in das Walzerreich jenes größten der Straußs, dessen Namensklang dem des Dirigenten dieses Abends gleicht. Das jubelt und singt und magt und wiegt, durchpflutet von einer Reicheit an „Gefühl“, das, wenn nicht im Uebermaß zu spüren, auch vielmehr besonders, in der gegenwärtigen Schwüle, die nicht nur eine solche des Sommers ist, erfrischend und erhebend wirken kann und auf die versammelte Menschenmasse auch wirkte. . . .

Was das künstlerische angeht, so muß über die Leistung des Orchesters gesagt werden, daß sie den höchsten Ansprüchen, hinter denen der Komplex des Landesinfanterieorchesters nicht zurückbleiben konnte. Die Streicher — und auf die kommt in diesem Falle an — machten ihre Sachen sehr gut. Allerdings hatten sie in Strauß, dem Soubolleten, einen Führer, der auf Höhen geleitet, die nur wenigen wirklich zugänglich sind. Vor allem die Erscheinung des Dirigenten! Wie dieser hochgewachsene Mann den Bogen schwingt und spielt, seiner Geige Wunderlaute entlockt und in dieser Art eine ganz andere Welt von Musik erschließt, — das alles führte mit hinaus über die äußerlich betrachtete, oft doch recht flach anmutende Tanz- und Tänzelei. Das zeigt, wie auch hier Geist am Werke ist. Frühlingsstimmen, Moten aus dem Süden, die hierzu nicht gehören, wurden wahre Offenbarungen, neben denen manche Südländereien eine wahre Auferstehung erleben. — Irene Eden, eine Mannheimer Sängerin mit reichen Stimmmitteln, ließ ihre Vokalreize verblüffend spielen und brachte formale Abwechslung in die von lebhaftem Weisfall durchzogene Vortragsfolge.

Prüfungskonzert des Post-Konservatoriums. Am Montag, 12. und Mittwoch, 14. Juli, fanden die ersten zwei Prüfungsabende des Post-Konservatoriums statt, die beide ein recht interessantes Programm boten. Die Schüler legten ausgezeichnete Proben ihrer musikalischen Begabungen und ihres fleißigen Studiums ab, die gleichzeitig auch den Beweis musterhafter und gewissenhafter Schulung gaben. Eingeleitet wurde der erste Abend durch zwei spanische Tänze, Adas, von Moszkowski, die durch Fel. Zimmernann und Fr. Lea Marfer eine gute und prägnante Wiedergabe fanden. Herr Kurt Wankmüller spielte das Konzert Nr. 28 von Vioti mit souveräner und klarer Technik, daran schloß sich die Sonate für Violine und Klavier in B-Dur von Mozart, die von Herrn Karl Legler mit

Grunds. Berlin von der Arbeitsgemeinschaft „Chemie“ erwidert: Die Arbeitsgemeinschaft haben nach Kriegsende den vollständigen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens verhindert.

Eine Entschließung Rehholz, die eine weitere Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften ablehnt, wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 155 Stimmen abgelehnt.

Im weiteren nimmt der Verbandstag eine Entschließung an, in der der internationalen Arbeiterschaft brüderliche Grüße entboten werden, den Befreiungskampf des Proletariats nur als ein Teil des Zusammenwirkens des internationalen Proletariats angesehen wird, als Voraussetzung der Vorkriegs- und Nachkriegs- und Niederwerfung des Krieges. Des weiteren werden dem kämpfenden russischen und ukrainischen Proletariat brüderliche Grüße entboten und gegen die Wirtschaftsblokade wegen Rußland und den brutalen Kampf gegen die Arbeiterklasse Ungarns protestiert.

Der jetzige Vorstand wird hierauf wiedergewählt. Neu geschaffen hat der Verbandstag die Stellen eines 3. Vorsitzenden und von 2 Sekretären. Der nächste Verbandstag findet in Frankfurt a. M. statt.

Gemeindepolitik

Badischer Städteverband.

Am 19. in einer Vorstandssitzung in Freiburg am 19. d. M. fanden u. a. Arbeiterfragen zur Erörterung. Zu dem vom Arbeiterverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände mit den Arbeitervertretern vereinbarten Manteltarifvertrag müßten Ergänzungsbestimmungen aufgestellt werden, weil der Manteltarifvertrag nicht für alle die Fragen Vorschriften enthält, die in bisher gültigen Tarifverträgen geregelt waren. Der Bezirksarbeitsgeberverband badischer Gemeinden soll als eingetragener Verein gebildet werden, weil sich der Begriff des Arbeitsgeberverbandes mit dem Begriff der Städteverbände nicht deckt, und durch diese Form die Reichsfähigkeit des Verbandes erreicht wird. Zu den Anträgen der Stadt Arbeiter auf Erhöhung der Feuerungszulagen wurde Stellung genommen. Der Vorstand ist der Ansicht, daß im gegenwärtigen Moment, wo eine wesentliche Preissteigerung aller Lebensmittel und Bekleidungsartikel eingeleitet ist, eine Erhöhung der Feuerungszulage nicht gerechtfertigt werden kann, daß aber aus sozialen Gründen die Kinderzulagen der Arbeiter auf die den städt. Beamten bezahlten Kinderzulagen erhöht, und damit die Gleichstellung mit den Beamten in diesem Punkt erreicht werden soll. Zu der Frage des Preisabbaus wird eine Resolution angenommen, dahingehend, daß es sich nicht nur um eine vorübergehende Maßnahme als Folge der Unruhen handeln dürfe, sondern um den Versuch einer dauernden systematischen Preissteigerung der in angemessener Zeit der entsprechenden Abbau der Löhne und Gehälter folgen müsse, um so durch Verbilligung der produzierten Kosten die Abnahmefähigkeit der Erzeugnisse der Industrie und damit ihre Fähigkeit Arbeitskräfte zu beschäftigen, wieder zu steigern. Für die vorhandenen Waren soll die Preissteigerung bis zum Punkt angefreit werden, daß es dem Handel noch möglich ist, neue mit der Aussicht auf angenommenen Nutzen einzukaufen. Mit dem Verband der mittleren Städte wird vereinbart, daß die Geschäftsstelle des Städteverbandes auch für den Verband der mittleren Städte tätig sein soll, um eine handliche Abstimmung der beiden Verbände zu erreichen. Die praktische Entwicklung muß zeigen, ob dieser Versuch zur dauernden Einrichtung werden wird. Wegen der Besteuerung der reichsteuerfreien Mindesteinkommen soll noch mit dem Deutschen Städtetag Rücksprache genommen werden. Zu der Denkschrift des Ministeriums über die bisherigen Erfahrungen über das Gesetz, betreffend den Verkehr mit Grundstücken (Spezialgesetz) wird zustimmende Stellung genommen. In der Frage des Baukostenvergleichs ist der Vorstand der Ansicht, daß eine landesrechtliche Regelung erfolgen muß, wenn das in Aussicht genommene Reichsgesetz noch lange auf sich warten läßt.

Konstanz, 22. Juli. In dreistündiger Sitzung befaßte sich der Bürgerausschuß mit der städtischen Besoldungsfrage. In einer lebhaften Aussprache gab hauptsächlich der Umstand Anlaß, daß die städtischen Beamten nach der neuen Besoldungsordnung höhere Bezüge erhalten sollten als die Reichs- und Landesbeamten. In den Gruppen 11 und 12, denen in Reich und Ländern nur die höchsten Beamten stehen, waren eine Anzahl Beamte eingereiht (abgegeben von den Bürgermeistern), die Gehälter von 25-35.000 M bezogen hätten. Man einigte sich schließlich dahin, die städtische Besoldungsordnung an die staatliche anzuschließen und die Einreihung der Beamten einer besonderen Kommission zu übertragen.

Aus dem Lande.

Münchheim 6. Preiten, 20. Juli. Beim Befleigen der Scheunenleiter brach eine Sprosse und der Landwirt Thomas Mayer stürzte auf die Tonne; er erlitt darauf schwere Verletzungen, daß er starb.

Reichelsheim, 20. Juli. Seit einigen Tagen wird hier vom meiderat stark Nimmel demüht. Nach dem „Breitener Tagblatt“ ist es bis jetzt trotz eifriger Nachforschungen nicht gelungen, eine Spur des Vermissten zu entdecken. Derselbe zeigte in der letzten Zeit Spuren von Gemütschwäche.

Reichelsheim, 20. Juli. Die Gendarmerie von Redargemünd hat den Mörder von Dammthal, Johann Fromm verhaftet. Er hat zweimal versucht, sich zu erhängen, aber beide mal riß der Strick. Dann hatte er ebenfalls erfolglos versucht, sich von einem Felsen über den Kopf zu werfen. Die Verhaftung erfolgte in Kleinemünd, wo er sich bei Verwandten aufhielt.

Mannheim, 20. Juli. Nach Beratungen in Höhe von annähernd 100.000 M ist der beim hiesigen Bezirksamt angeforderte Verwaltungsekretär Braunig schließlich gegangen. Die Unternehmungen dürften sich auf eine geraume Zeit erstrecken; Brauning sollte den heimkehrenden Kriegsgelungen den ihnen zustehenden Geldbetrag durch Scheck überweisen; er tat dies aber nicht, sondern löste die auf eine hiesige Bank lautenden Schecks selbst ein. Sein Aufenthalt ist augenblicklich noch unbekannt.

Mannheim, 20. Juli. Der Völkerausschuß bewilligte 1/2 Millionen zur Förderung für erholungsbedürftige Kinder. Von Stadthalter Dr. Stephaun wurde die Umwandlung des Militärparks auf dem Heuberg in ein Kinderferienheim als Projekt bezeichnet und erklärt, daß viele jetzt tuberkulös infizierte Kinder bei einigermaßen vernünftiger Lebensweise und Pflege wieder vollständig gesund werden könnten.

Emmendingen, 22. Juli. Die hiesigen Obst- und Gemüsehändler haben auf Anregung der hier tätigen Preisprüfungsstelle beschlossen, nicht über einen 25prozentigen Aufschlag der Marktpreise hinauszugehen.

Reiningen, 22. Juli. Hier ist eine aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzte Kommission zur Beschlußfassung über den Abbau der Preise ins Leben gerufen worden.

Stodach, 23. Juli. Der Genossenschaftsverband Bad. Landw. Vereinigungen und der Bad. Bauernverein haben die Eierpreise auf 1 Mark das Stück zurückgeleitet.

Neustadt i. Schw., 22. Juli. Trotz des Brandunglücks kann der Betrieb des Imprägnierwerkes der Firma Himmelsbach vollständig aufrecht erhalten werden. Der Sägewerksbetrieb ist dagegen vorläufig ganz lahm gelegt. Die Firma hat beschlossen, ihn sofort wieder aufzubauen. Die Arbeiterschaft, die zum größten Teile lange Jahre im Betriebe beschäftigt ist, wird nicht entlassen werden, sie soll zunächst die Aufbaumaterialien besorgen. Die Versicherungsverhältnisse sind geordnet, so daß der Feuer Schaden zum größten Teil durch Versicherung gedeckt ist.

Titisee, 23. Juli. Nach Wittermeldungen wurde dieser Tage ein Hotelbesitzer in einem Aurore in der Nähe von Titisee von Ortsangehörigen gefangen, früh um 5 Uhr sämtliche Fremdenzimmer nach gesicherten Lebensmitteln untersuchen zu lassen. Es sei aber nichts gefunden worden.

Der Handel mit Lebensmitteln. Der von dem Landtagsauschuß gefasste Beschluß, in Baden die Bewirtschaftung einer Reihe der notwendigen Lebensmittel bis auf weiteres nicht mehr durchzuführen, hat mehrfach auf der Annahme geführt, es könne und dürfe nun jedermann mit diesen Lebensmitteln handeln. Demgegenüber muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch weiterhin der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Lebens- und Futtermitteln der Bewirtschaftung bedarf. Der Handel mit solchen Gegenständen ist strafbar, auch soweit nach dem Beschluß des Landtagsauschusses vorläufig von ihrer weiteren Bewirtschaftung abgesehen wird oder eine derartige Erlaubnis bisher nicht in Frage kam, weil infolge der Zwangsverpflichtung der freie Handel ausgeschlossen war.

Senigwiler. Aus dem bad. Oberland schreibt man uns: Laut Preisermittlungen hat das badische Landespreismittel gegen einen Bienezüchter aus Rheinhausen Strafantrag gestellt, weil derselbe 20 M für ein Pfund Honig forderte. Aus dem Oberland kann mit einem noch kräftigeren Beispiel als dem im Bruchföler Bezirk gebietet werden. Der Bezirksbienezüchterverein des Bezirks Stetten hat vor kurzem auf einer Versammlung in Wetzlar keine Mitglieder verabschiedet, das Pfund Honig nicht unter 25 Mark (11) abzugeben. Als Begründung führte man die gefährdete Erziehung der „Imker“ an. Offenbar greift hier die Behörde auch zu.

Biegenmärkte. Die von der badischen Landwirtschaftskammer geplanten und im Lande abgehaltenen Biegenmärkte sind wegen der noch teilweise herrschenden Maul- und Klauenseuche unbrauchbar und auf das nächste Jahr zurückgestellt worden. Soweit die Suche an den bestehenden Markorten selbst erloschen ist, so ist sie aber andererseits bei vielen in Frage kommenden Orten das betreffende Marktbereichs erneut aufgetreten; andere Orten liegen wieder im Spergebiet. Diesbezügliche Feststellungen haben daher auch ergeben, daß kaum mit einem lohnenden Betrieb für die betreffenden Märkte gerechnet werden kann. — Auch können nach kürzlicher Mitteilung des Landwirtschaftskammerausschusses in Hessen die dort üblichen Märkte in diesem Jahre infolge Maul- und Klauenseuche nicht abgehalten werden. Dagegen haben die Römungen im Oberlande angezeigt, daß vorläufig Aussicht auf die Abhaltung des Volksmarktes am 18. 8. 1920 in Rodolfshaus besteht. Den endgültigen Beschluß über die Abhaltung dieses Marktes können wir jedoch erst Anfangs August den Bürgern bekanntgeben.

Zum Großfeuer in Hölzlebrud

wird und geschrieen: Die Gefahr des weitern Umfagtreifens des Feuers kann nach angestrenkten 18stündigen Löscharbeiten als beseitigt gelten. Zur Hilfeleistung waren die Feuerwehren aus Neustadt, Hintergarten, Eisenbach, Kappel bei Neustadt, Haffan, Langkirch und Altagshütte herbeigeeilt. Ganz besonders wertvolle Dienste, das Feuer auf seinen Herd, die riesigen Holzstapel zu beschränken, erwarb sich die Dampftruppe des Freiburger Feuerwehrganges, der aus einer Entfernung von 40 Kilometern sich nach dem Brandplatz begab. Das Feuer entbrannte durch Heißlaufen eines Vollgatters im Sägewerk, von da diese pflanzten, nach dem Bericht von Augenzeugen die Flammen mit der Geschwindigkeit entzündeter Pulvermassen fort. In wenigen Minuten brannte das große Werk, angefaßt durch Windstöße, nieder. — Der Schaden wird, die heutigen Holzpreise zugrunde gelegt, auf 20 bis 30 Millionen Mark geschätzt.

Das Sägewerk Hölzlebrud liegt dicht vor dem Amtssitz Neustadt, dem bekannten Schwarzwaldbäcker, an der Bahnhöhne Freiburg-Donauschingen. Eigentümer ist die in ganz Deutschland und darüber hinaus bekannte Firma Gebr. Simmler, viele von ihnen haben nur das nackte Leben mit den Kleinen ist die gesamte Lebensversicherung, manchem ledigen Arbeiter, der in dem Betrieb wohnte, sind die wertvollen Kleider von den Flammen ausgelöscht worden.

Städt...
Münchheim...
Reichelsheim...
Reichelsheim...
Mannheim...
Mannheim...
Emmendingen...
Reiningen...
Stodach...
Neustadt i. Schw...
Titisee...
Der Handel mit Lebensmitteln...
Senigwiler...
Biegenmärkte...
Zum Großfeuer in Hölzlebrud...
wird und geschrieen...
Das Sägewerk Hölzlebrud...
Neustadt, dem bekannten Schwarzwaldbäcker...
Eigentümer ist die in ganz Deutschland...
und darüber hinaus bekannte Firma Gebr. Simmler...
viele von ihnen haben nur das nackte Leben mit den Kleinen...
ist die gesamte Lebensversicherung, manchem ledigen Arbeiter...
der in dem Betrieb wohnte, sind die wertvollen Kleider...
von den Flammen ausgelöscht worden.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 24. Juli.

Aus der letzten Stadtratsitzung.

Stadtschulung. Der Stadtrat hält die Aufstellung eines Stadtschulungsausschusses an Stelle der bisherigen Einwohnerversammlung für notwendig und erklärt sich zu dessen Organisation nach Maßgabe der vom Ministerium des Innern aufgestellten Richtlinien einverstanden.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. Zur Förderung des Abkommens der Erwerbslosenfürsorge ist die Ausbarmachung des etwa 18 Hektar großen abgeforsteten Waldgeländes beim Gute Stuppur mittels Rigolen alsbald vorzunehmen.

Schlachtenfabrik und Schlachtenwäscherei. Der f. J. zur Ausführung der beiden Projekte bewilligte Kredit in Höhe von 450 000 M wird wahrscheinlich um etwa 250 000 M überschritten werden. Der Stadtrat nimmt hiervon Kenntnis und beschließt die Weiterführung der Bauten.

Preisprüfungs-Kommission. Auf Grund der Reichsverordnung vom 25. September 1915 wird eine aus Verbrauchern, Handels- und städtischen Vertretern zusammengesetzte städt. Preisprüfungsstelle gebildet, der Sonderauschüsse für die einzelnen Gebiete angegliedert werden.

Preisermäßigung.

Wie dem Stadtratsbericht zu entnehmen ist, wird vom 26. ds. Mts. ab der Preis für ein 1500 Gramm-Brot auf 2,80 M, für ein 750 Gramm-Brot auf 1,90 M herabgesetzt. Der dadurch entstehende Verlust wird auf die Stadtkasse übernommen.

Die Preisprüfungs-Kommission

schreibt uns: Um all den umgehenden Gerüchten bezüglich der Bezahlung der Kommissionsmitglieder die Spitze zu brechen, wollen wir der Karlsruher Bevölkerung, die da glaubt, daß die Mitglieder der Kommission in Gelde schwärmen, das ihnen von der Stadt und Kaufleuten zur Verfügung gestellt wird, nur kurz mitteilen: 6 Mitglieder erhalten eine Monatsvergütung von 40 M wöchentlich, während die anderen 28 Mitglieder eine Aufwandsentschädigung von 10 M entsprechend ihrer Leistung im Dienst der Sache für angemessen hielten. Jedoch der Stadtrat war anderer Meinung und noch heute warten die Kollegen auf diese Entschädigungssumme, die gering ist im Vergleich zu den Ausgaben, die ohne Eingreifen der Komm. von Mitgliedern entstanden wären. Hiesige Kaufleute stellen Tausende zur Verfügung, die jedoch absehbar wurden, um nur nicht den Schein bezahlter Agenten auf uns zu werfen. Wir sind der Meinung, daß dieses Geld keinen Zweck hat. Wir haben hier als Vertreter von Gewerkschaft und Großhandelsbetrieben und haben kein Interesse daran, das Defizit der Stadt noch mehr zu vergrößern. Wir haben aus diesem Grunde die Entschädigungssumme äußerst niedrig gehalten.

Aber noch eins haben wir zu bemerken, die Karlsruher Schlußgemeinschaft dürfte sich mehr auf die Seite der Kommissionskontrolleure stellen; denn dieselben bei ihrem gewöhnlich nicht leichten, gering bezahlten Kampf gegen die Händler, die zum Teil mit wenig geschulten Schimpfworten um sich werfen, jene um Hilfe angehen. Jedoch zu ihrer Ehre wird gesagt, daß nicht alle sich so unkollegial verhalten, wie einzelne es getan haben. Die Kommission hat gegen viel Ungehörigkeit ankämpfen und verlangt dazu die Unterstützung aller. Tag für Tag gehen wir mehr und mehr den Unterlagen entgegen, wenn nicht energische Maßnahmen gegen Bücher und Preisverbreiter eingeleitet werden. Wir sind doch Arbeiter und Angehörige und leiden unter denselben Verhältnissen wie alle Karlsruher. Bestimmte grundlegende Maßnahmen konnten wir noch nicht vornehmen, uns sind die Hände gebunden, weil der Stadtrat die Kompetenz dazu noch nicht erteilt hat. Wir warten! Leiter der Kommission soll Rechtsanwalt Dr. Brückner werden. Das Mannheimer Gewerkschaftsblatt hat kritisch aufgeführt, einige Vertreter nach hier zu schicken, leider sind diese Kollegen nicht gekommen und die Mannheimer Kaufleute treiben wohl auch fernest in unserer nächsten Nähe die Spitze in die Höhe, wie bisher. Wenn die Kommission etwas leisten soll, dann muß ihr endlich Vollmacht gegeben werden. Die Erste geht darüber und wir warten noch immer, zuerst auf den Stadtratsbeschluss und jetzt auf den Beschluß der Preisprüfungs-Kommission, aber am Montag keine endgültige Lösung finden soll. Wichtig davon ist, ob die Kommission arbeiten kann oder nicht.

Junker v. Gräfe in Karlsruhe.

Dieser Tage gab der Medlenburger Reichstagsabgeordnete Herr Albrecht v. Gräfe in Karlsruhe eine Gastrede. Die Tatsache, daß trotz der herrlichen Sommerabende der Eintragsfall ziemlich bedrohlich war, war ein Beweis, daß zweifellos auch andere Leute, wie gerade Mitglieder der deutsch-nationalen Volkspartei ein Interesse daran hatten, den nach allen Seiten her getriebenen Junker, das Prototyp des schauvinistischen Nationalismus kennen zu lernen, der sich durch sein Auftreten in der Öffentlichkeit bzw. im Reichstag einen Namen gemacht hat. Er meinte Eingang seiner Rede, da man sich im allgemeinen einen Junker mit vollgepressem Banzen und mit der Krone in der Hand vorstellt, hätte er dankbar die Gelegenheit ergriffen, auch in Karlsruhe vor das Volk zu treten, um das Wort zu vernehmen. Herr v. Gräfe, eine schlankes Offiziersgestalt, daß nur äußerlich nicht zu obigem Bild, aber sonst ist er ein eifriger Vertreter der Junkerkasse. Er sprach über den Untergang und Wiederaufbau und zeichnete in den Reden den Untergang eine Reihe Meilen steine ein, die das Verbrechen der Demokratie und des Sozialismus bezeichnen sollen, den großen Felsen aber, die Schuld der Junkerkasse an dem Unheil des deutschen Volkes, das er natürlich nicht. Der erste Meilenstein sei, daß die deutsche Kriegsnote zu politischen Zwecken ausgenutzt worden sei, der zweite Meilenstein sei die Waffenentziehung beim die Lüge vom Waffenstillstand im Walde von Compiègne und der dritte: Versailles und Spa. Schon der 4. August 14 sei ein dies ater gewesen, indem die Reichsregierung, um eine Einigung für die Bevölkerung der Kriegskredite, den 12-15. Abteilungen, die den deutschen Sieg gar nicht wollten, Blankobollmacht auf innerpolitische Rechte gab. Also selbst das Kriegsergebnis ist für einen richtigen Junker noch kein Grund, die jämmerlichen innerpolitischen Rechte der Vorkriegszeit auszubauen. Auch das Hilfsdienstgesetz sei Schuld, da es nicht militärisch worden sei. Lieber diesen Standpunkt ließe sich zweifellos reden, wenn Herr v. Gräfe nicht die falsche Meinung vertrat, das Hilfsdienstgesetz sei auf erzweizerischen Druck der Gewerkschaften hin zustande gekommen. Das ist nämlich nicht wahr. Etwas ganz Unwahres sei dann die Übertragung der Kommandogewalt

dem „Obersten Kriegsherrn“ auf die Befehle am 28. Oktober 1918 gewesen. Das habe vollends den Zusammenbruch herbeigeführt. Sicher hat aber diese Übertragung der Kommandogewalt in den Ereignissen der Oktober- und Novembertage keine Rolle mehr gespielt. Das deutsche Volk war an der Grenze seiner Langmut angelangt und wollte einfach Schluss machen. Der Zusammenbruch war so elementar, daß dabei auch eine etwa später noch bestehende Kommandogewalt des „obersten Kriegsherrn“ unter die Räder gekommen wäre mit samt ihm selbst. Als conditio sine qua non zum Aufstieg bezeichnete Herr v. Gräfe die Aufrichtung des Glaubens an die persönlichen Autoritäten und die Pioniere seien deutsche Studenten, womit sich Herr v. Gräfe aber gründlich verrechnen dürfte. Gerade der angezogene Glaube an die sogenannten Autoritäten hat das deutsche Volk ins Unglück geführt. Das deutsche Volk hat dafür einen Denkzettel erhalten, den es so schnell nicht vergessen wird.

Deutscher Zucker in Nordamerika.

Das deutsche Volk muß noch immer den Gürtelriemen ständig enger schnallen, weil ihm die wichtigsten Nahrungsmittel nicht in ausreichender Menge geboten werden können und die dürftigen Nationen kaum aufrecht zu erhalten sind. Da muß es besonders frustrierend wirken, wenn man in ausländischen Blättern liest, daß Nahrungsmittel, an denen bei uns der empfindlichste Mangel herrscht, ausgeführt werden, und zwar anscheinend in nicht geringen Mengen. So wird uns von einem Referat der folgende Auschnitt aus der „New Yorker Staatszeitung“ übermittelt:

Große Zuckerladung aus Deutschland hier.

Dampfer „West Celina“ trifft mit 4000 Tonnen kristallisiertem Zucker aus Hamburg hier ein. Der Dampfer „West Celina“ traf gestern mit 4500 Tonnen kristallisiertem Zucker als Ladung aus Hamburg im hiesigen Hafen ein.

Die Offiziere des Schiffes erzählten, daß infolge eines Streiks der Hafenarbeiter in Hamburg der Dampfer außer Stande gewesen sei, die ganze Ladung von 6000 Tonnen an Bord zu nehmen.

6000 Tonnen sind 12 000 Zentner oder 12 Millionen Pfund, das ist schon ein schönes Quantum, mit dem einem beträchtlichen Teile des deutschen Volkes das bittere Dasein ein wenig verjüngt werden könnte. Aber jedenfalls beschränkt sich die Ausfuhr gar nicht einmal auf diesen einzigen Posten, von dem man nur zufällig Kenntnis erhält. Es muß also doch in Deutschland noch mehr Zucker geben, als man immer hört. Man verteilt unzulängliche Nationen, weil es angeblich am Zucker mangelt, aber auf der anderen Seite sehen wir, daß Zucker in ansehnlichen Mengen ins Ausland ausgeführt wird. Bevor man wichtige Nahrungsmittel über die Grenzen läßt, sollte man doch das eigene Volk wenigstens einmessen besser versorgen.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe.

Am morgigen Sonntag findet eine Gruppenwanderung nach der Teufelsmühle statt. Unter Führung von wanderlustigen Genossen machen die Teilnehmer von verschiedenen Richtungen aus die Wanderung. Die erste Gruppe führt nach Scheuern bei Gernsbach, um von hier aus die Wanderung anzutreten, die zweite Gruppe fährt nach Hochbach, die dritte nach Herrnsbach, die vierte nach der Karlsruher aus ins Mittel und trifft sich auf dem Rückwege mit den anderen Gruppen. Die beiden ersten Gruppen fahren Samstag abend 6 Uhr 25 am Hauptbahnhof weg, die dritte Gruppe Samstag abend 8 Uhr 18 vom Albstadthof, die vierte Gruppe marschiert Sonntag früh 6 Uhr zum „Abhof“ ab. Die Wanderung ist nur für männliche Jugendliche bestimmt. Die Jugendlichen, die noch teilnehmen wollen, mögen sich am Abend oder Sonntag früh an den Abgangspunkten einfinden.

Sozialdemokratische Partei. — Bezirk Sübstadt. Montag abend 8 Uhr findet im „Barbarossa“, Ede Luitens- und Martenstraße eine Komiteesitzung statt, zu der die Vertrauensleute und Komiteemitglieder obligatorisch erscheinen mögen.

Sonntagdienst der Apotheken. Berthold-Apotheke, Rintheimerstraße 1. Tel. 885. — Löwen-Apotheke, Karlsruher Platz, Kaiserstraße 72. Tel. 1490. — Stadt-Apotheke, Kaiserstraße 19. Tel. 177. — Sofien-Apotheke, Sofienstraße Ede Luitensstraße. Tel. 1180. — Sofien-Apotheke, Südstadt, Ruppertsstraße, Ede Kaiserstraße. 8282.

Liquidation in Frankreich. Der Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen G. V., Zweigstelle Karlsruhe, macht darauf aufmerksam, daß für die Wahrnehmung der deutschen Vermögensinteressen in Frankreich die Reichsregierung eine Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen in Paris, 146 Avenue Malakoff, eingerichtet hat. Durch diese Geschäftsstelle können Ansprüche über den Stand der Behandlung der in Frankreich zurückgelassenen deutschen Werte eingeholt werden. Es können ferner Anträge gestellt werden auf Zulassung zum Mitwirken bei Versteigerungen, sowie auf Zurückgabe von Gegenständen folgender Art: Familienandenken, persönliche Gebrauchsgüter und Gegenstände von geringem Wert. Für solche Anträge sind bei der Zweigstelle des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen in Karlsruhe Vorzüge zu haben. Die Zweigstelle wird solche Anträge an die Geschäftsstelle in Paris weiterleiten. Im „Journal officiel“ veröffentlicht die französische Regierung die Namen derjenigen, deren Werte zur Versteigerung angelegt sind. Diese Veröffentlichungen enthalten aber nur selten die Angabe des inländischen Wohnortes. Es empfiehlt sich deshalb, daß Inlandsdeutsche, die Werte in Frankreich zurückgelassen haben, sich mit einer besonderen Anfrage an die Geschäftsstelle in Paris wenden. Der Verband ist bereit, solche Anfragen zu übermitteln.

Bad. Landestheater. Fräulein Hermine Bosetti, die Tochter der berühmten Münchener Kammerfräulein, ist ab 1. September ds. J. als Rollenführerin anstelle von Frä. Schläger verpflichtet worden.

Cartoon, „t im „Kühlen Krug“. Morgen Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr findet zugunsten des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen ein Gartenkonzert, ausgeführt von der Feuertweckkapelle unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Schotte statt, wobei der Arbeitergesangverein Gem. Chor Bund und die Pausen mit geistlichen Darbietungen ausfüllen, mitwirken. Es ist hierbei Gelegenheit gegeben, in dem schattigen Garten des „Kühlen Krug“ bei einem aussergewöhnlichen Programm nicht nur den Mitgliedern des Reichsbundes, sondern auch allen anderen Kriegsteilnehmern und allen Konzertbesuchern, zu welchem jeder Mann Zutritt hat, genussreiche Stunden zu verbringen. Bei unruhiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Stadtpark-Konzert. Die städtische Schillerkapelle veranstaltet morgen Sonntag, 25. Juli, vorm. 12 1/2 Uhr, im Stadtpark unter Leitung des Hauptlehrers Wölfler ein Gartenkonzert.

Verein der Bundesfreunde Karlsruhe e. V. Am Dienstag abend veranstaltete der Verein der Bundesfreunde im Saal 3 der Ed. Gymnasien Brauer eine Veranstaltung zwecks Zielsetzung zur Erhöhung der Grundsteuer auf 72 M. Eine große Anzahl Mitglieder sowie sonstige Bundesfreunde, darunter auch Damen, hatten sich versammelt. Nach einem kräftigen appetitlichen Referat fand die Entscheidung statt, in welcher die Steigerung der Grundsteuer für zu hoch befunden und

die Einführung von Zahlungsmitteln gefordert wird. Nach einem Votum, daß sich jeder Bundesfreund einem finanziellen Beitritt angeschlossen hat, wurde die Beschlusseinstellung beschlossen. Eine größere Anzahl Teilnehmer schloß sich sofort dem Verein an.

Das Turn-, Spiel- und Sportfest der Badischen Hochschulen hat eine Änderung des ursprünglich vorgesehenen Programms notwendig gemacht infolge, als am Sonntag nachmittag die Vorführungen nicht, wie anfangs angeleitet, um 3 Uhr, sondern bereits um 2 Uhr begannen. Die Zeit von 2 bis 3 Uhr ist den turnerischen Darbietungen vorbehalten; um 3 Uhr pünktlich beginnen die leichtathletischen Wettkämpfe, für deren reiche Abwicklung Sorge getragen ist. Zum Schluß findet das Fußballwettkampf statt. Fußball, Schlagball, Hockey, Tennis, Schwimmen und Einzelwettkämpfe kommen während des Samstags und am Sonntag vormittag zum Vortrag, die leichtathletischen Vorentscheidungen am Samstag nachmittag. Am Sonntag nachmittag ab 2 Uhr spielt die Kapelle des Musikvereins Harmonie. (Siehe Inserat.)

Fußball. Am Samstag abend halb 7 Uhr treffen sich auf dem Sportplatz an der Durlacher Allee die 1. Mannschaften des F. C. Germania Durlach und des F. C. Frantonia zum fälligen Freundschaftsspiel. Das Vorspiel endete bekanntlich unentschieden.

Valuta-Bericht vom 23. Juli.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 13 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 15,06 M per holl. Gulden; Schweiz etwa 7,69 M per schw. Fr.; England etwa 167 1/2 M per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,28 M per franz. Fr.; New York etwa 45 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 24. Juli 1920.

Das umfangreiche nördliche Tiefbereich ruft in seinem Wirkungsbereich, vor allem in den Küstengebietern, lebhaftige Luftbewegung hervor; das Wetter ist dabei meist wolfig und zeitweise fällt Regen. Von Zeit zu Zeit führen die an seinem Südrand über dem Festland auftretenden flachen Teilwirbel auch bei uns zu Bewölkung und Regen. Da Boden aber an der Grenze des über Südeuropa lagernden hohen Druckes sich befindet, erfolgt dazwischen vielfach Aufheiterung. Die kühleren atlantischen Luftmassen sind nur in geringerer Stärke bis zu uns gedrungen und so ist es unter dem Einfluß des südlichen Hochdruckgebietes hier noch warm geblieben. In der Rheinebene kamen gestern 25 Grad als Höchstwärme vor. Der Wirkungskreis des tiefen Druckes dehnt sich vorübergehend auf unser Gebiet aus.

Voraussichtliche Witterung bis Sonntag, 25. Juli, nachts: Ueberwiegend wolfig, zunächst schwache Gewitter, sowie einzelne Regenfälle, nur vorübergehend noch warm.

Kleine Nachrichten.

Paris. Der bekannte amerikanische Milliardär William Vanderbilt ist gestern in seiner Wohnung in Paris gestorben.

London. In Welfa ist begannen die Unruhen von neuem. Ein Mann wurde erschossen, ein anderer lebensgefährlich verletzt. Rotterdam. Wie aus Washington gemeldet wird, wird das Kriegsdepartement demnächst für eine Million Dollar Fleischkonzerne verlaufen lassen, deren Preis niedriger sein soll als vor dem Kriege, um so die Teuerung zu bekämpfen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausgabe. Georg Fischmann von Frehstadt, Gemeindefischschaffmeister hier, mit Maria Budmann von hier, Verlobte Beibel von Ibsheim, Hauptlehrer in Schlierstadt, mit Anna Hartmann von hier, Karl Schülz von hier, Kaufmann hier, mit Hilda Stober von Leutenau, Johann Schmid von Ebhausen, Fuhrmann hier, mit Sofia Dilling von Weiler. Jakob Grab von Dallau, Bürogehilfe hier, mit Eugenie Müller von Dos. Emil Geier von Basel, Kaufmann hier, mit Frieda Hirsch von Hannover. Kurt Grimm von Offenburg, Kapitän-Leutnant hier, mit Clotilde Aecht von Frankfurt. Alfred Sedt von Wansbach, Gewerbelehrer in Emmendingen, mit Irene Alex von hier. Richard Geiger von Lichtenau, Kaufmann in Durlach, mit Paula Winter von hier. August Schäufele von hier, Schlosser hier, mit Lina Wiegert von hier. Georg Wolke von Grombach, Eisenbahnsekretär in Rehl, mit Emilie Baumert von hier. Karl Schneider von hier, Bürogehilfe hier, mit Olga Doh von hier.

Geburten. Ernst Bender von hier, jüdischer Kaufmann hier, mit Wilhelmina Doh von Reuthen. Karl Fufer von Binningen, Zuschläger in Basel, mit Karoline Küster Bae von Ralsch. Friedrich Hebed von hier, Maschinenführer hier, mit Karoline Doh von Weingarten. Walter Knop von Chemnitz, Kaufmann hier, mit Lina Ruggler von Stetten. Theodor Schröder von Mielgheim, Kaufmann hier, mit Regina Fortis von Ralsheim. Richard Heinkel von Röttingen, Landw. Verwalter hier, mit Regina Schlotterbeck von Waldenburg. Hermann Ganz von hier, Tagelöhner hier, mit Wilhelmine Deuner von Sternfels. Erich Volte von Hannover, Graveur hier, mit Anna Stegroth von Deuthen. Dr. Hermann Nabels von Gießen, Lehramts-Absolvent in Heuchelheim, mit Adelheid von der Heide von Mülheim. Wilhelm Wed von hier, Kanzleibeamter hier, mit Marie Koepfen von Reh. Franz Wildenberger von hier, Verm.-Sekretär hier, mit Anna Kroh von hier. Friedrich Wehbecher von hier, Buchhalter hier, mit Emilie Joss von hier. Karl Barth von Auggen, Tiefbautechniker hier, mit Elfa Falkenstein von Bretten. Alfred Elison von Freiburg, Masch.-Mechaniker hier, mit Vertha Blum von Dutenheim. Friedrich Braun von Eggenstein, Schuhmacher hier, mit Luise Pfeiffer von Gröbigen. Karl Fiedler von hier, Dachdecker hier, mit Lina Zeiler von hier. August Setz von Hagsfeld, Maler hier, mit Frieda Roger von hier. Arthur Grafer von Darmstadt, Kaufmann hier, mit Anna Bed von Mannheim.

Wassersstand des Rheins.

Schifferinsel 239, gef. 4; Rehl 228, gef. 3; Magau 500, gef. 1; Mannheim 408, gef. 7 Zentimeter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Karlsruhe. Todes-Anzeige. Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitarbeiter und Kollege Fritz Hackenjos im Alter von 32 Jahren nach langer, schwerer Krankheit plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Juli, mittags 1 1/2 Uhr statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten Die Ortsverwaltung.

Letzte Nachrichten.

Das Reichswehrgesetz.

Berlin, 24. Juli. Dem Reichstag ist der Entwurf des Reichswehrgesetzes zugegangen. Aus seinen Einzelheiten geht hervor, daß die Zahl der Soldaten im Reichsheer 100 000, in der Reichsmarine 15 000 betragen wird.

Im Heere werden aufgestellt: 21 Infanterieregimenter, 18 Reiterregimenter, 7 Artillerieregimenter, 7 Pionierbataillone, 7 Nachrichtenabteilungen, 7 Kraftfahrabteilungen, 7 Fahrabteilungen, 7 Sanitätsabteilungen. Hieraus werden zwei Gruppenkommandos, 7 Infanterie- und 8 Reiter-Divisionen gebildet.

Die Reichsmarine besteht aus den Marinestellen zur See und am Lande. Die Flotte wird gebildet aus 6 Linien Schiffen, 6 kleineren Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 Torpedobooten.

Der Reichswehrminister hat unbefehlet des Oberbefehls des Reichspräsidenten das Recht, die Entsendung von Truppenteilen aus einem Lande des Reiches nach einem anderen anzuordnen. Alle Teile der Wehrmacht sind verpflichtet, die Befehle der Länder auf ihre Anforderung bei öffentlichen Anlässen und zu polizeilichen Zwecken zu unterstützen.

Aufhebung der Beschränkungen im Verkehr mit Obst.

Berlin, 24. Juli. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst. Nach einer Bekanntmachung werden die Beschränkungen des Großhandels in Obst vom 28. Juli 1917 und über den Höchstpreis von Brennstoffen vom 5. 7. 1917 aufgehoben.

Massenaustritt aus der Landeskirche.

Dessau, 24. Juli. Infolge des landeskirchlichen Beschlusses, 6 Prozent Kirchensteuern zu erheben, setzte eine außerordentlich heftige Austrittsbewegung aus der evangelischen Landeskirche ein, am stärksten in den Industriestädten. In Bernburg erfolgten gegen 380 Austrittserklärungen.

Polnische Anschreitungen.

Allenstein, 23. Juli. Heute morgen überfuhr das Automobil des polnischen Generalkonsuls Fürsten Czartorski drei Kinder im Alter von 10, 12 und 4 Jahren und verletzte sie schwer. Im Automobil befanden sich neben Revolvern und Gummihüpfeln auch acht Flaschen Kognak, die zum Teil geleert waren. Anschließend hatte der betrunkenen Wagenführer die Gewalt über den Wagen verloren. Die Volksmenge ergriß die drei Insassen des Automobils, darunter den aus Allenstein stammenden Dr. von Langowski und verprügelte sie gründlich. Die Polen wurden in Haft genommen.

Übernahme der Gemeindefürsorge durch den Staat in Sachsen.

Dresden, 24. Juli. Finanzminister Dr. Reinhold erklärte in der Volkstammer, daß der Staat die persönlichen Schulkosten, unter denen die Gemeinden fast zusammenbrechen, ihnen wahr-scheinlich abnehmen und ebenso die Armen- und Polizeikosten zugunsten der Gemeinden anders regeln werde.

Unabhängige Aufforderung zu einem Generalfreik.

München, 24. Juli. In einer Versammlung der Münchener Unabhängigen wurde eine Entschließung zugunsten eines 24-stündigen Generalfreies wegen der Nichtfreilassung ihrer in den Landtag gewählten, augenblicklich in Festungshaft befindlichen Mitglieder angenommen.

Lohnerhöhungen für österreichische Landarbeiter.

Wien, 24. Juli. Der „Arbeiterzeitung“ zufolge ist die Lohnbewegung der landwirtschaftlichen Arbeiter durch eine Lohnerhöhung von 40-50 Prozent beendet worden.

Waffen für die Polen.

Warschau, 23. Juli. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, ist gestern Morgen im Hafen von Reusfahrwasser ein Dampfer mit Kriegsmaterial für Polen eingelaufen. Die Hafenarbeiter weigerten sich, ihn zu entladen. Der polnische Vertreter bemühte sich um die Vermittlung des christlichen und deutschen Transportarbeiterverbandes. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande.

Französische Kritik am Ergebnis von Spa.

Paris, 24. Juli. Der Abg. Barthou schreibt im „Matin“, es würde zu nichts führen, zu verheimlichen, daß das in Spa erzielte Ergebnis niemand befriedige, ob man es wolle oder nicht, ob man es sage oder nicht, die Verhandlungen in Spa seien eine verschleierte Revision des Friedensvertrages. Die verschiedenen Ausführungsmodalitäten seien zu kategorisch und mit ihren wenigen Biffen und gebietischem Standpunkt zu grausam. Ueber die Deutschland gewährte neue Frist für die Entwaffnung sei die Kammer stillschweigend hinweggegangen. Die Zustimmung über die Kohlenlieferungen sei nicht gegeben, da die Debatte noch nicht abgeschlossen sei und in der Wieder-gutmachungsfrage sei sie nicht eröffnet.

Kleinliche englische Maßregel.

Kopenhagen, 24. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus Havre: Die russische Gabeldelegation unter Führung von Krasin und Kamenev kam am Dienstag hier an. Das englische Kriegsschiff, das die russische Delegation nach

England überführen sollte, hatte Befehl erhalten, die Russen nicht an Bord zu nehmen. Krasin beschloß, einen Privatdampfer zur Ueberfahrt nach England zu erlangen.

Die Unruhen in Italien.

Mailand, 24. Juli. Nach dem „Secolo“ wurden in verschiedenen Städten Verurtheilte gemacht, benachbarte Pulverdepots in die Luft zu sprengen, so in Rapel und Mantua. In Bin-cenza flog ein benachbartes Pulvermagazin in die Luft, doch glaubt man die Ursache in einem Blitzschlag zu sehen. Sämtliche Wachmannschaften wurden verlegt.

Die Unruhen in Irland.

London, 24. Juli. Eine ergänzende Mitteilung über die Zusammenstöße zwischen Unionisten und Sinnfeinern besagt, daß die Unruhe bis in den Abend hinein dauerte. Die Truppen mußten an verschiedenen Orten einschreiten und von der Waffe Gebrauch machen. Zahlreiche tote und Verwundete sind zu be-lagen.

Schriftleitung: Georg Schöpf. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebericht und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Diechmer und Justizkanzlei. Am Montag, 26. d. Mts., abends 5 Uhr, sehr wichtige Versammlung im Lokal „Cambrinusshalle“. Stellungnahme zu den derzeitigen Lohnverhältnissen. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend geboten. Der Ortsaus-schuss d. A. D. G. B.

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Sonntag den 25. Juli, nachm. 3 Uhr, Tauschabend im Jagdhause nach Ettlingen. Ab-marsch der Fußgänger um 1 Uhr am „Liboli“, Ruppurrer-strasse, wozu einladet 4631 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Gesangsverein „Liederkreis“.) Morgen vormittag um 9 1/2 Uhr Zusammenkunft der Herren Sänger aus besonde-rem Anlaß im Vereinslokal, Volzstraße 46, um 10 Uhr aben-dung. Erscheinen erwünscht. 4642 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Fußballabteilung. Heute abend um 8 Uhr auf dem Spielplatz Versammlung der Fußballabteilung. 4646

Bruchsal. (Betriebsräte und Kartellbelegierte.) Am Sonn-tag, den 25. Juli, früh 9 Uhr Versammlung. Vollzähliges Er-scheinen notwendig. 4637

Der Ortsaus-schuss d. A. D. G. B.

Bettstellen Mk. 190.— 260.— 325.—	Wäschetuch 80/84 cm breit . . . Meter Mk. 10.—, 14.—
Matratzen 3 tell. mit Kell. Mk. 160.— 373.— 455.—	Bettuchstoff 160 cm breit Meter Mk. 35.—
Bettbarchent 130 cm brt. Meter Mk. 52.—	Bettuchleinen 160 cm breit Meter Mk. 38.—
Matratzendrell 120 cm breit . . Meter Mk. 38.— 45.—	Handtuchstoff weiss Drell u. Gerstenkorn Meter Mk. 12 ⁶⁰ , 13 ⁷⁵
Bettfedern das Pfund Mk. 15 ⁴⁰ 22.— 38.—	Wolldecken Mk. 67.—, 88.—, 126.—

W. Boländer, Kaiserstr. 121.

Ad. Hepting, Dentist
Karl-Friedrichstraße 19 II, am Ron-dellplatz. Telefon 3311.
Sprechstunden für Zahnkranke von 9-12 und 2-6 Uhr.

Dirigent gesucht.
Größerer Arbeiter-Gesangverein (100 Sänger) sucht einen tüchtigen Dirigenten. Bewerbungen unter No. 4618 an das Volksfreundbüro erbeten.

Gutreparierte Fahrraddecken
(Wulst u. Draht) garantiert haltbar, von Mk. 35.— an, in allen Größen.
Auto- und Fahrrad-Decken werden sachgemäß vulkanisiert. Bei Anfragen Rückporto beilegen.
Gummi-Reparatur- u. Vulkanisier-Anstalt
Durlach, Lammstraße 11

Möbel
Mahagonie
Schlafzimmer Eiche, Nussbaum, 2 und 3 türlich
Speisezimmer u. Herrenzimmer
Küchen Pitschpine und gestrichen in grosser Auswahl
— zu billigsten Tagespreisen. —
Möbelhaus
Maier Weinheimer
32 Kronenstraße 32.

Bruchsaler Anzeigen.
Kartenausgabe
am Montag, den 26. Juli 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags, an die Buchstaben A bis einschließlich C. Bruchsal, den 24. Juli 1920. 2106
Kommunalverband Bruchsal-Stadt. Kartenausgabestelle.

Ausgabe von Brot-, Milch-, Butter- und Seifen-Karten.
Obige Karten der Klassen 1-4 werden im Nebenzimmer der Brauerei Meier, Lichtentalerstraße 37, in Lichtental im neuen Knaben-schulhaus und in der bisherigen Verkaufsstelle der Weisstadt in nachstehender Buchstaben-reihenfolge abgegeben:
Am Montag, den 26. Juli, für die Buchstaben A bis F
Am Dienstag, den 27. Juli, für die Buchstaben G bis R
Am Mittwoch, den 28. Juli, für die Buchstaben S bis X
Am Donnerstag, den 29. Juli, für die Buchstaben Y bis Z
Am Freitag, den 30. Juli, für die Buchstaben A bis Z.
Geschäftszeit von 7 Uhr vormittags bis 12 1/2 Uhr und von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags. Samstags von 7 Uhr morgens bis 12 1/2 Uhr.

Diejenigen Personen, die ihre Lebensmittel-karten nicht nach der oben festgesetzten Buchstabenreihenfolge abholen, müssen eine Gebühr von 50 S entrichten.
Der bei der letzten Ausgabe beigelegte Mel-degettel ist genau auszufüllen, vom Haus-haltungsvorstand zu unterschreiben und mitzu-bringen. Zu beachten ist, daß unvollständige Meldegettel unter allen Umständen zurückge-wiesen werden.
Sämtliche Karten sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit, auch bezgl. der auf der Rückseite vorgesehenen Abwägung (Baden-Baden) zu prüfen und eine eventl. Reklamation sofort nach erfolgter Kartenausgabe bei der Ausgabestelle anzubringen. Später einlau-fende Beanstandungen werden keinesfalls anerkannt. Die Einwohner werden ersucht, die Umschläge, in welchen die Karten ausgegeben werden, aufzubewahren.
Selbstbereiter mit Brot und Mehl erhalten Brotkarten nur dann, wenn sie eine vom Brot- und Mehlamt ausgestellte Bescheinigung in der Kartienstelle, Zimmer 10, vorzeigen.

Bruchsaler Anzeigen.
Begrüßungsabend
für die heimgekehrten Kriegsgefangenen der Stadt Bruchsal.
Nächsten Samstag, den 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet zur Begrüßung der heimge-kehrten Kriegsgefangenen unserer Stadt im Saale des Rathhauses „Zum Löwen“ ein Be-

grüßungsabend unter Mitwirkung des Gesang-vereins Liederkreis - Freundschaft, sowie des Turnerbundes und der Turnerschaft Bruchsal statt.
Zu dieser Begrüßungsfeier laden wir alle heimgekehrten Kriegsgefangenen und deren Familienangehörigen unserer Stadt herzlich ein. Bruchsal, den 21. Juli 1920.
Das Bürgermeisteramt.
Renne r. Zoller.

Lebensmittel-Berteilung
für die Zeit vom 26. bis 31. Juli 1920.
Zutraggabe nur vom Donnerstag, den 29. bis einschließlich Samstag, den 31. Juli 1920 in den vom Lebensmittelamt festgesetzten Verkaufsstellen.
Für einen Teil der Bevölkerung:
1. Jul. Butter: 50 Gramm auf die Butterkarte, Abschnitt 3. Woche (19. bis 25. Juli) Preis bis 50 Gramm Mk. 1.60.— Wird nur in nachstehenden Verkaufsstellen abgegeben:
Verkaufsstelle Nr. 1a. Hof. Buchardt, Rheinstr. 81
" Nr. 1b. Wally. Wally, Rheinstraße 63
" Nr. 2. Emil. Wally, Al. Dollenstraße 1
" Nr. 3. Konsumverein H.L. Rheinstraße 1
" Nr. 4. Joh. A. Schmid, Gr. Dollenstr. 3
" Nr. 5. S. Behrens, Wally, Wallybergstr. 20
Die Untermarken verlieren an Samstag abend, den 31. Juli ihre Gültigkeit.
Ab Donnerstag, den 29. Juli gelangt in den ein-schlägigen Geschäften zur Ausgabe:
2. Reis: 1/2 Pfund auf die Karte D 406 zum Preis von Mk. 3.—
3. Tapioca: 1/2 Pfund auf die Karte D 407 zum Preis von Mk. 1.15
4. Kunsthübnig: 1/2 Pfund auf die Karte D 408 zum Preis von Mk. 3.65
5. Marinade: 1 Pfund auf die Karte D 409 zum Preis von Mk. 3.70
6. Kalas: 100 Gramm auf die Karte D 410 zum Preis von Mk. 3.10
Besonders verbilligte Lebensmittel, infolge Ver-zwünfenes der Stadtkasse:
7. Haserluden: 1 Pfund auf die Karte D 411 zum Preis von Mk. 2.40.
8. Deutsche Einjeu: 1/2 Pfund auf die Karte D 412 zum Preis von Mk. 2.30.
9. Bohnen: 1 Pfund auf die Karte D 413 zum Preis von Mk. 2.50.
10. Erbsen: 1 Pfund auf die Karte D 414 zum Preis von Mk. 2.50.
Die Einwohner werden sehr schon darauf auf-merksam gemacht, sich mit den verbilligten Lebensmitteln für den Winter einzudecken.
11. Markenfreie Artikel werden von Zeit zu Zeit an den Verkaufsstellen bekannt gegeben und nur an Klasse 4 im Kartell vertrieben.
12. Brot: 1500 Gramm und Mehl nach besonderer Bekanntgabe durch das Städt. Brot- und Mehlamt.
Die Lebensmittelkarten für die Kaufleute ver-lieren am 7. August ihre Gültigkeit.
Für Vergrößerung der heimgekehrten Kriegs-gefangenen unserer Stadt im Städtischen Lebensmittelamt Baden-Baden.

Bruchsaler Anzeigen.
Begrüßungsabend
für die heimgekehrten Kriegsgefangenen der Stadt Bruchsal.
Nächsten Samstag, den 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet zur Begrüßung der heimge-kehrten Kriegsgefangenen unserer Stadt im Saale des Rathhauses „Zum Löwen“ ein Be-

Zeitungsverlegerin
Verlegerinnen wollen sich bei Herrn Meinh. Meinhart, Friedrichsring 17 melden
Verlag des Volksfreund.

Baden-Baden.
Lebensmittel-Berteilung
für die Zeit vom 26. bis 31. Juli 1920.
Zutraggabe nur vom Donnerstag, den 29. bis einschließlich Samstag, den 31. Juli 1920 in den vom Lebensmittelamt festgesetzten Verkaufsstellen.
Für einen Teil der Bevölkerung:
1. Jul. Butter: 50 Gramm auf die Butterkarte, Abschnitt 3. Woche (19. bis 25. Juli) Preis bis 50 Gramm Mk. 1.60.— Wird nur in nachstehenden Verkaufsstellen abgegeben:
Verkaufsstelle Nr. 1a. Hof. Buchardt, Rheinstr. 81
" Nr. 1b. Wally. Wally, Rheinstraße 63
" Nr. 2. Emil. Wally, Al. Dollenstraße 1
" Nr. 3. Konsumverein H.L. Rheinstraße 1
" Nr. 4. Joh. A. Schmid, Gr. Dollenstr. 3
" Nr. 5. S. Behrens, Wally, Wallybergstr. 20
Die Untermarken verlieren an Samstag abend, den 31. Juli ihre Gültigkeit.
Ab Donnerstag, den 29. Juli gelangt in den ein-schlägigen Geschäften zur Ausgabe:
2. Reis: 1/2 Pfund auf die Karte D 406 zum Preis von Mk. 3.—
3. Tapioca: 1/2 Pfund auf die Karte D 407 zum Preis von Mk. 1.15
4. Kunsthübnig: 1/2 Pfund auf die Karte D 408 zum Preis von Mk. 3.65
5. Marinade: 1 Pfund auf die Karte D 409 zum Preis von Mk. 3.70
6. Kalas: 100 Gramm auf die Karte D 410 zum Preis von Mk. 3.10
Besonders verbilligte Lebensmittel, infolge Ver-zwünfenes der Stadtkasse:
7. Haserluden: 1 Pfund auf die Karte D 411 zum Preis von Mk. 2.40.
8. Deutsche Einjeu: 1/2 Pfund auf die Karte D 412 zum Preis von Mk. 2.30.
9. Bohnen: 1 Pfund auf die Karte D 413 zum Preis von Mk. 2.50.
10. Erbsen: 1 Pfund auf die Karte D 414 zum Preis von Mk. 2.50.
Die Einwohner werden sehr schon darauf auf-merksam gemacht, sich mit den verbilligten Lebensmitteln für den Winter einzudecken.
11. Markenfreie Artikel werden von Zeit zu Zeit an den Verkaufsstellen bekannt gegeben und nur an Klasse 4 im Kartell vertrieben.
12. Brot: 1500 Gramm und Mehl nach besonderer Bekanntgabe durch das Städt. Brot- und Mehlamt.
Die Lebensmittelkarten für die Kaufleute ver-lieren am 7. August ihre Gültigkeit.
Für Vergrößerung der heimgekehrten Kriegs-gefangenen unserer Stadt im Städtischen Lebensmittelamt Baden-Baden.

Baden-Baden.
Lebensmittel-Berteilung
für die Zeit vom 26. bis 31. Juli 1920.
Zutraggabe nur vom Donnerstag, den 29. bis einschließlich Samstag, den 31. Juli 1920 in den vom Lebensmittelamt festgesetzten Verkaufsstellen.
Für einen Teil der Bevölkerung:
1. Jul. Butter: 50 Gramm auf die Butterkarte, Abschnitt 3. Woche (19. bis 25. Juli) Preis bis 50 Gramm Mk. 1.60.— Wird nur in nachstehenden Verkaufsstellen abgegeben:
Verkaufsstelle Nr. 1a. Hof. Buchardt, Rheinstr. 81
" Nr. 1b. Wally. Wally, Rheinstraße 63
" Nr. 2. Emil. Wally, Al. Dollenstraße 1
" Nr. 3. Konsumverein H.L. Rheinstraße 1
" Nr. 4. Joh. A. Schmid, Gr. Dollenstr. 3
" Nr. 5. S. Behrens, Wally, Wallybergstr. 20
Die Untermarken verlieren an Samstag abend, den 31. Juli ihre Gültigkeit.
Ab Donnerstag, den 29. Juli gelangt in den ein-schlägigen Geschäften zur Ausgabe:
2. Reis: 1/2 Pfund auf die Karte D 406 zum Preis von Mk. 3.—
3. Tapioca: 1/2 Pfund auf die Karte D 407 zum Preis von Mk. 1.15
4. Kunsthübnig: 1/2 Pfund auf die Karte D 408 zum Preis von Mk. 3.65
5. Marinade: 1 Pfund auf die Karte D 409 zum Preis von Mk. 3.70
6. Kalas: 100 Gramm auf die Karte D 410 zum Preis von Mk. 3.10
Besonders verbilligte Lebensmittel, infolge Ver-zwünfenes der Stadtkasse:
7. Haserluden: 1 Pfund auf die Karte D 411 zum Preis von Mk. 2.40.
8. Deutsche Einjeu: 1/2 Pfund auf die Karte D 412 zum Preis von Mk. 2.30.
9. Bohnen: 1 Pfund auf die Karte D 413 zum Preis von Mk. 2.50.
10. Erbsen: 1 Pfund auf die Karte D 414 zum Preis von Mk. 2.50.
Die Einwohner werden sehr schon darauf auf-merksam gemacht, sich mit den verbilligten Lebensmitteln für den Winter einzudecken.
11. Markenfreie Artikel werden von Zeit zu Zeit an den Verkaufsstellen bekannt gegeben und nur an Klasse 4 im Kartell vertrieben.
12. Brot: 1500 Gramm und Mehl nach besonderer Bekanntgabe durch das Städt. Brot- und Mehlamt.
Die Lebensmittelkarten für die Kaufleute ver-lieren am 7. August ihre Gültigkeit.
Für Vergrößerung der heimgekehrten Kriegs-gefangenen unserer Stadt im Städtischen Lebensmittelamt Baden-Baden.

Städt. Vierort
Versch. Kur
Halb-, Sitz-, u. Wechsel-Duschen, (Packungen) Massage, u. alle Heil-kostenbäder
Damenbäder Montag von 9-1 Uhr u. tag nachmittags 2 1/2-7 1/2 Uhr
Herrenbäder alle abends
An Sonn- u. tagen gesch

Palast Lichtspiele
Moderne Lichtspielbühne
Herrenstr. 11 Telefon 2502

Der neue Wochenspielflan
mit dem interessantesten
Hagenbeck-Film



DARWIN
Die Abstammung des Menschen vom Affen.
Drama in sechs Akten von Hans Brennert und Friedel Köhne.
Mitarbeiter für den wissenschaftlich. Teil: Prof. Dr. Vosseler und Joh. Umlauf.
In den Hauptrollen: Al. Blücher und Ria Jende.
Das „Berliner Tagblatt“ 27. I. 20 schreibt: Es ist einer der interessantesten Filme die wir in letzter Zeit zu sehen bekamen, schon allein wegen d. exotisch. Umwelt, die Landschafts- und Tiermotive aus dem Urwald, die in Hamburg mit großer Naturtreue aufgenommen werden konnten. Aber auch die reine Filmhandlung an sich fesselt durch ihren logischen, menschlich eindrucksvollen Aufbau. Darstellerisch wurde unter der Regie von Fritz Bernhardt Ausgezeichnetes geleistet. 4625

Von Schreibtisch u. Werkstatt
Berühmte Zeitgenossen im Film
5te Serie.

Ein Königreich für ein Kind
Filmkomödie, zwei Akte.

Union-Theater
Kaiserstrasse 211.
Telephon 763 Telephon 763

Vornehmstes
Lichtspielhaus am Platz.

Spielplan
von Samstag, 24. bis einschl.
Montag, 26. Juli

Stuart Webbs
Die Schuld des Andern
30. Abenteuer des berühmten
Detektivs 4645

Stuart Webbs
(Ernst Reicher)
Stuart Webbs

Ausserdem reichhaltiges
Beiprogramm.

Erstklassige
musikalische Illustration.

Alle Leute sagen es, daß
man in der
Westendhalle
Mühlburg
ein gutes $\frac{1}{4}$ Pfälzer
Naturwein für **3.50 M.**
trinkt. 4622

Apfelmost
wird vollkommen ersetzt durch
Zapf's
Kunstmostansatz mit Süss-
stoff, der beste Hanstrunk.
Überall zu erhalten
Nährmittel-Fabrik Zapf,
Zell a. H. (Baden). 1094

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telef. 1421



Besseres Bier
gibt es jetzt wieder
Brauerei Schrempf
Karlsruhe :: :: Fernruf 12

Möbelhaus
Ausstellung:
Ecke Kaiser- u. Donglasstr.
Karlsruhe (Hauptpost)

Besichtigung erbeten

Schlaf-, Herren-, Wohnzimmer
Küchen

Gut bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen

Einzelne Küchen- und Kleider-
schränke, Beistellen, Wasch-
kommoden, Tische, Stühle, Flur-
Garderoben, Diwans etc.
Aufbewahrung gekauter Möbel.

Hauptgeschäft:
Karlsruhe, Philippsstr. 19
Strassenbahnhaltestelle

Gebr. Karrer

Stung! Stung!
Genau wie jede Konkurrenz bin ich
immer noch in der Lage
Herren-Sohlen u. Fleck zu 40 Mk.
Damen-Sohlen u. Fleck zu 35 „
Kinder-Sohlen u. Fleck zu 20-25 M.
mit garantiert Ia. Kernleder
meinen wertigen Kunden zu empfehlen.
Lieferzeit auf Wunsch innerhalb 24 Std.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.

Schuhsohlerei u. Maßgeschäft
von
Wilhelm Burry, Delfingstraße 31,
im Baden. 4624

Freie Turnerschaft Bretten
Mitglied d. Arb.-Turn- u. Sportbundes
10. Kreis 3. Bezirk

Hierdurch beehren wir uns,
unsere Brudervereine, wie auch
die gesamte Arbeiterschaft von
Nah und Fern zu unserem **11 jäh-**
rigen Stiftungsfest verbunden mit

Fahnen-Weihe
freundlichst einzuladen.
Samstag, 31. Juli 1920:
Zapfenstreich, Lampionszügen auf
dem Marktplatz, Festbankett in der
„Stadt Pforzheim“. 4627

Sonntag, 1. August 1920:
Tagwache, Empfang der Vereine, Ein-
zelwertungsturnen, Faustball-Wer-
tungs-spiele, Konzert, Festzug, Massen-
freilübungen, Festrade, Weihe der
Fahne, Liedervorträge, Kürturnen,
Turnspiele. Von abends 8 Uhr ab:
FEST-BALL
in der „Stadt Pforzheim“ und im
„Badischen Hof“.

Montag, 2. August 1920:
Von mittags $\frac{1}{4}$ Uhr ab: Volksbe-
helustigung auf dem Festplatz.
DER TURNRAT.

Photographisches Atelier
Rembrandt
verbunden mit
Neue Süd- u. nördliche Verrösterungs-Anstalt
empfiehlt sich im Anfertigen von
Porträts, Gruppenbildern
sowie Vergrößerungen nach jedem
auch schlechtesten Original, zu mass. 4184
Preis- und pünktlicher Lieferung
Prompter Versand nach allen Richt.
Telephon 231 - KARLSRUHE - Kar. Friedenstr. 12

Buch über Ehe
die die
von Dr. Retau mit
vielen Abbildun-
gen nur Mk 2.50
Porto extra.
auch Versand 8 Sone
Stuyker 224, Schwabstr. 51 N.

Kragen
-wäscherel
Schorpp
liefert schnellstens
**Stärke-
Wäsche**
Annahmestellen:
Karlsruhe
Ludwig-
Wilhelmstr. 5,
Kaiserstr. 24 u. 248
Gerwigstrasse 46
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 88
Augustastrasse 13
Schillerstrasse 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 4
Rheinstrasse 18.
Dplich: 2027
Hauptstrasse 15.

Spanische Rot- u. Weißweine
in prima Qualität, ebenso neu
eingetroffene naturreine

**rote u. weisse Süssweine
und Malaga dunkel**
kommen stets in der Wirtschaft zum Anschank,
sowie auch zum Verkauf über die Straße in der

Spanischen Weinhalle
Baudilio Cusi, Kreuzstraße 10.

Central-Lichtspiele
Karlfriedrichstr. 26.
Ab heute! Ab heute!
DIE MASKE
Der größte Detektivschlager mit
Max Landa und Eva Speyer

Nächsten Samstag: 4633
Die Herrin der Welt
Jeden Samstag ein neuer Teil

Welt-Kino
Telephon 5448 Kaiserstrasse 133
Nur noch 4 Tage! Dienstag letzt. Tag

Der Schrecken der Detektive.
Die Vampire.

Der ewige Kampf der Gesellschaft
gegen das internationale Hoch-
staplerturn. 4644

Ein Kolossalwerk in 6 Abteilungen
(31 Akte, 10 Episoden).

I. Teil.
Der Kopf des Opfers.
Der Todesring.
Die rote Geheimschrift.
Sechs Riesenakte.
Ab Mittwoch II. Teil.

Konkurrenzlos.
Herren - Massanzüge
aus besten deutschen und englischen Stoffen,
beste Futterzutaten, liefert zu bedeutend
herabgesetzten Preisen schon von Mk. 550 an

Schneider Bolz, Karlsruhe,
Karlsruhe 75, Vorderhaus 2. Stock rechts
Erläuterte Zahlungsbedingungen.

Nebenverdienst
bis 1000 M. monatlich, leicht zu machen, ohne
Solkennntnisse. Dauernde Erlöse. Näheres
auf briefliche Anfrage durch
E. Boehrel & Co., G. m. b. H.,
Berlin-Lichterfelde, Köpenick 519.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34 - Fernsprecher 1846

Laut Beschluss d. Preiskommission
30% Rabatt
auf sämtliche Artikel täglichen Bedarfs.

Herren-Hüte
werden gereinigt, gefärbt und auf
die modernsten Formen umgearbeitet

Ia. fachmännische Ausführung
Gaggenau:
Guggenheim & Co.,
Inh.: Horwelt. 4630

Spanische Rot- u. Weißweine
in prima Qualität, ebenso neu
eingetroffene naturreine

**rote u. weisse Süssweine
und Malaga dunkel**
kommen stets in der Wirtschaft zum Anschank,
sowie auch zum Verkauf über die Straße in der

Spanischen Weinhalle
Baudilio Cusi, Kreuzstraße 10.